

# Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



*Griechenlands Oberster Gerichtshof verurteilt die BRD zur Wiedergutmachung – S. 6*

- *CDU-Parteitag: „Versöhnung von Markt und Menschlichkeit“ – S. 3*
- *BRD will größeren Einfluss im Ostseeraum – S. 5*
- *Heiß umkämpft: Öffentliche Güter – S. 12*
- *Tschechische Kommunisten: Die KSCM an der Jahrtausendwende*



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Staschkeit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: vollhar@web.de

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

**KÜRZUNGS-EINFALT.** Kulturstaa-minister Naumann plant, die Bundesmittel für die Sorben-Stiftung von in diesem Jahr mit Mühe und Not erreichten 16 Mio. DM auf 15 Mio. 2001 und 14,5 Mio. DM 2002 zu streichen. Nach dem durch die letztjährigen Streichungen erzwungenen Personalabbau hätte die neuerliche Kürzung gravierende Auswirkungen auf die Substanz der Stiftung und würde v.a. den Domowina-Verlag und das Sorbische National-Ensemble Bautzen in ihrer Existenz gefährden. Die sorbische Minderheit zeigt sich nach Aussagen der PDS-MdBs H. Fink und U.J. Rössel betroffen; die PDS setzt sich für langfristige Sicherung der Mittel ein.

**ZWEI-KLASSEN-RECHT.** Die EU droht den osteuropäischen Beitrittskandidaten damit, den Beitritt weit hinter den vereinbarten Termin 2002 zu verschieben, wenn diese nicht darauf verzichten, in das Beihilfesystem der EU für die Landwirtschaft gleichberechtigt einbezogen zu werden. Zur Unterstreichung der Drohung hat die Kommission die Verhandlungen mit Polen über eine Liberalisierung des Agrarhandels Mitte April ausgesetzt. Darum geht es: Um einen Ausgleich für die 1992 durchgesetzte Senkung der landwirtschaftlichen Stützpreise zu schaffen, hatte die EU Direktzahlungen für Ackerflächen, Mastrinder und Milchkühe eingeführt. Diese Direktbeihilfen belaufen sich zur Zeit auf jährlich 90 Mrd. Euro. Würden dieselben Maßstäbe auf die Bauern in den Beitrittsländern, in denen bis zu einem Viertel der Beschäftigten noch in der Landwirtschaft arbeitet, angewandt, würden sich die Direktbeihilfen um 12 Mrd. Euro erhöhen. Das wollen die EU-Finanzminister verhindern, statt dessen Milliarden zur Modernisierung der Landwirtschaft und damit zur Landvertreibung der Kleinbauern - betroffen ist insbesondere Polen - ausgeben.

**SCHANDBAR.** Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, dem 463 Versicherungsunternehmen angehören, teilte mit, man werde sich mit 500 Mio. am Entschädigungsfonds für ehemalige NS-Zwangsarbeiter beteiligen. Damit müssten selbstverständlich alle noch offenen Ansprüche aus Versicherungsverträgen der NS-Opfer und ihrer Erben beglichen sein. - Inzwischen sind der Stiftung 1.300 Firmen beigetreten, ohne dass sich die Zahlungszusagen nennenswert erhöht haben: Ohne die 500 Mio. der Versicherungen belaufen sie sich immer noch auf nur 2,4 Mrd. DM.



Nachdem die sechs Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Mitte April vorgelegten Frühjahrsgutachten die drastische Reduzierung des Spitzensteuersatzes gefordert hatten, setzte ein Mitglied, der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, mit

einem Finanzierungsvorschlag nach: Die Arbeitslosenhilfe sei abzuschaffen, damit jährlich 30 Mrd. DM an den Ärmsten einzusparen. Darüber hinaus sei die Zahlung des Arbeitslosengeldes strikt zu begrenzen, und bei der Sozialhilfe müssten die Regelsätze für Arbeitsfähige und Jüngere gesenkt werden. So schaffe man den Anreiz zur Arbeit, der um so stärker ausfallen muss, als der Herr Präsident „Einstiegerlöhne“ - 20% unter Tariflohn - für Arbeitslose schaffen möchte.

**DA WÄCHST ZUSAMMEN ...** Laut der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung haben bislang erst etwa 700 ausländische Computerexperten Interesse an der Green Card gezeigt - kein Wunder bei den Zumutungen einer Anwerbepolitik, die ausschließlich von den Interessen der „deutschen Wirtschaft“ ausgeht. Über Ostern regnete es förmlich Vorstöße, die Grundlinien dieser Politik gesetzlich zu fassen. Arbeitgeberpräsident Hundt verlangte im Verein mit der CSU die totale Abschaffung des individuellen Asylrechts, um die „ungeregelte“ Zuwanderung von Flüchtlingen zu stoppen, Erleichterung dagegen für die Nachfrage des Kapitals auf den Weltarbeitsmärkten. Die FDP kündigte einen neuen Anlauf für ein entsprechendes Einwanderungsgesetz an, Bayern ein Zuwanderungs-Begrenzungs-gesetz, die CDU-Sozialausschüsse wollen geeignete Arbeitskraft durch Gesundheits- und Sprachtests herausselektieren, SPD und Grüne nach der Osterpause eine Arbeitsgruppe für ein Einwanderungsgesetz einrichten.

**AUSSCHLUSS?** Da die Richtlinien der Bundesärztekammer nahe legen, dass HIV-Infizierte grundsätzlich von Organtransplantationen ausgeschlossen bleiben (eine HIV-Infektion begründet demnach die Ablehnung der Aufnahme in die Warteliste), stellte die PDS-Abgeordnete Schenk eine entsprechende Anfrage an die Bundesregierung. Antwort: es gebe keine generelle Ablehnung, in jedem Einzelfall müsse geprüft werden, ob der körperliche und seelische Gesamtzustand eine Transplantation sinnvoll macht. Schenk kündigte an, die Praxis der Richtlinien aufmerksam zu verfolgen.

**WAS KOMMT DEMNÄCHST?** Am 11.5. berät der Bundestag u.a. über die Regierungserklärung zum Thema „Deutschland im Aufbruch - Moderne Wirtschaftspolitik für neue Arbeitsplätze“, über den CDU/CSU-Antrag zu „Ausländerzentralregister und Einrichtung einer Warndatei“ sowie ganz am Schluss der Tagesordnung über einen Antrag der PDS, die Entschädigung von NS-Opfern der Zwangssterilisation und der „Euthanasie“ in die Wege zu leiten. Am 12.5. geht es um den Berufsbildungsbericht 2000 und u.a. um die PDS-Drucksache „Sicherung der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums“.

# Die Versöhnung von Markt und Menschlichkeit

So viel Aufbruch bei der CDU war lange nicht. Zwar hat die Öffentlichkeit vom Essener Parteitag (10./11. April 2000) fast nur den Personalwechsel und die Wahl von Angela Merkel zur neuen Vorsitzenden wahrgenommen, aber die Neuorientierung der CDU begann bereits unmittelbar nach ihrer Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1998. Schon damals hat sie ihren Aufbruch, ihren gesellschaftspolitischen Neubeginn um das gesellschaftspolitische Feld Familien- und Bildungspolitik herum neu zu bestimmen begonnen. Das ganze Jahr 1999 fanden hochkarätig besetzte Anhörungen zu den Themenbereichen „Schulqualität“, „Modernisierung der Weiterbildung“, „Modernisierungsimpulse für die berufliche Bildung“ und „Weiterbildung der Hochschulen“ statt. Die Ergebnisse mündeten in ein 34-seitiges Papier: „Aufbruch in die lernende Gesellschaft – Bildungspolitische Leitsätze“. Sie sollten nach breiter Diskussion ursprünglich auf dem als Bildungsparteitag bezeichneten 13. Bundesparteitag in Essen beschlossen werden, der CDU-Parteifinanzskandal kam dazwischen. Nun sollen sie öffentlich diskutiert und auf einem „kleinen Parteitag“ im Herbst beschlossen werden.

Spätestens hier hören viele Linke, Gewerkschafter oder Intellektuelle zu lesen auf. Denn EDV und Bildung geht für sie kaum zusammen. Sie vermuten ein Festhalten am herkömmlichen, veralteten Bildungssystem. Völlig zu Unrecht. Für CDU-Verhältnisse verbirgt sich hinter den neuen bildungspolitischen Leitsätzen geradezu Revolutionäres. Und dass das nicht die Ausgeburt von ein paar Bildungsexperten ist, machen die Rede Angela Merkels und die Beschlüsse des Essener Parteitages („Essener Erklärung“) sowie begleitende Artikel und Reden von diversen CDU-Politikern wie Jürgen Rüttgers und Annette Schavan mehr als deutlich.

Während die entschiedene Linke ideologische Scholastik, wie z.B. über die Bedeutung der Eigentumsfrage, und abgehobene Debatten über die Einsätze von UNO-Truppen in Zeiten einer demokratisierten UNO führt und die demokratischen Bildungsreformer Abwehrkämpfe gegen einzelne materielle und personelle Verschlechterungen führen und den Nachweis zu führen versuchen, dass Lehrer eben doch keine „faulen Säcke“ (G. Schröder) sind, hat sich die CDU aufgemacht, ein strategisch wichtiges Feld zu beackern: „Der Zugang zu einer qualifi-

zierten Bildung ist eine strategische Frage für eine vorausschauende Sozial- und Wirtschaftspolitik.“ (Essener Erklärung, 16) Und Annette Schavan: „Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik.“ (*Die politische Meinung* Nr. 365, April 2000)

Diese Einschätzung teilt die CDU mit der SPD, die auch in der Konzeption der „neuen Mitte“ der Bildungspolitik, immer verstanden als Schul-, Hochschul-, Berufsbildungs-, Weiterbildungs- und außerschulischer Jugendarbeit, eine völlig neue Funktion zuweist. Und die SPD hat, wie im Buch Hombachs, im Schröder/Blair-Papier oder im neuen SPD-Bildungsprogramm *Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Für eine neue Bildungsinitiative* (Autoren: W. Clement, M.



**„Die CDU bekennt sich zum Prinzip der Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Daraus leitet sich die Forderung ab, jeden Menschen nach seinen Begabungen und Fähigkeiten durch differenzierte Bildungsangebote zu fördern.“ (A. Schavan)**

Stolpe, E. Bulmahn, Willi Lemke u.a.) vergleichend nachzulesen, mit fast denselben Schwerpunkten und Begriffen dem Bildungswesen einen strategischen Stellenwert beim Umbau der Gesellschaft zugewiesen.

Um dem Casino-Kapitalismus sowohl hemmende Faktoren zu beseitigen, die neue Shareholder-value-Ideologie massenwirksam zu verankern und deren Akzeptanz zu erhöhen wie der weiteren Digitalisierung und Computerisierung des gesellschaftlichen Lebens die adäquate Konditionierung in den Köpfen der Menschen zu verschaffen, ist in der Tat eine umfassende Reform des Bildungswesens erforderlich, das jedoch gleichzeitig dafür sorgen muss, dass die zunehmende gesellschaftspolitische und soziale Polarisierung nicht dazu führt, dass die Ausgesonderten und Marginalisierten zu Aufständischen mutieren. Ein Chaos-Computer-Club kann eingekauft, die Jugendrebellion in Lyoner und Pariser Vorstädten

oder in Hamburg-Hausbruch durch mehr Streetworker befriedet, der „Marsch der Ausgeschlossenen“ von der brasilianischen Kirche mit der Landlosen-Bewegung organisiert, als regionales Ereignis hingestellt werden. Wenn aber die neue technische Intelligenz mit Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und linken Parteien hier ansetzen, kann das ganze System ins Rutschen kommen.

Also hält sich die CDU nicht lange dabei auf, das bestehende Bildungssystem zu kritisieren. Auch setzt sie sich nicht explizit mit ihren bisher vertretenen Positionen (strikte Dreigliedrigkeit, obrigkeitstaatliche Regulierung per engmaschigen Gesetzen und Lehrplänen, Dienstrecht und Schulaufsicht) kritisch auseinander. Sie betont zwar, dass das 1993 beschlossene bildungspolitische Grundsatzprogramm weiterhin Grundlage sei, und erinnert an den von ihr 1978 initiierten Kongress „Mut zur Erziehung“, indem der Satz: „Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte“ zitiert wird – fast ein Allgemeinplatz.

Ansonsten aber hat es die CDU fertiggebracht, fast alle auch von der SPD, den Realo-Grünen und der Bildungsreformdiskussion her bekannten Stichwörter gesellschafts- und bildungsprogrammatisch zu vereinnahmen. Da ist von „Zukunft“, „das Lernen lernen“, „selbstgesteuertem Lernen“, „lernender Gesellschaft“, „Handlungskompetenz“, „Mündigkeit“, „Weltoffenheit“, Lernmotivation“, „Vielfalt der Methoden“, „Praxisorientierung“, „Ausländerintegration“, „Dienstrechtsreform“, „Bildungsausgaben sind Investitionen“, „Kopf, Herz und Hand – Bildung für den ganzen Menschen“ die Rede. Mit SPD und Grünen gemeinsam stützt sie sich auf den Kommunitarismus (der Staat soll erst dann eintreten, wenn sich Einzelne, die Familie, die Kommune nicht mehr helfen können) und das Subsidiaritätsprinzip. Wie SPD und Grüne setzt die CDU beim Umbau des Sozialstaatsystems und dem Umbau des Staatsapparates auf das Neue Steuerungsmodell und „private-public-partnership“. Wie bei Hombach/Schröder/Blair und Tom Königs/Sybillevolksholz wird der Umbau des Bildungswesens zum Kern des Staatsumbaus, um ihn dem globalisierten Unternehmertum kompatibel zu gestalten. Vom Leitbild des „schlanken Staats“ wie in der Kohl-Ära ist nicht mehr die Rede. Bildung wird zur Dienstleistung umgepolt, StudentInnen werden „KundInnen“. Wie auch bei SPD und Grünen wird den Schulen „mehr Eigenverantwortung“ zugemessen, aber →

„zentrale Prüfungen“ als „Qualitätskontrolle“ und „Länder- und Schulvergleiche“ seien der Preis dafür (Punkte 29+32 der Leitsätze).

Auch in inhaltlicher Hinsicht nähert sich die CDU an: „Vermittlung der Kulturtechniken und die Lernmotivation“ (28), musische Bildung (15), Sicherheit in der Muttersprache (16), praktisches Lernen (18), Selbstorganisation von Lernprozessen und mathematische Fähigkeiten (28), zweite Fremdsprache ab Klasse 1. Anders als die SPD setzt die CDU stärker auf den Religionsunterricht, schließt allerdings jüdischen und islamischen Religionsunterricht und Ethikunterricht ein (17). Stärker als die SPD setzt sie auch auf „staatsbürgerliche Mündigkeit“ als Ziel (20), allerdings reduktionistisch: „Sie nennt es „Sinn für Selbständigkeit“, nicht Selbständigkeit selber oder gar Emanzipation. Sogar „Weltoffenheit“ kommt vor: Allerdings in Verbindung mit „Heimatverbundenheit“. Also: Laptop und Lederhose, aber als reizvolle Mischung.

Interessant ist die Umwertung demokratischer Werte. Dafür zwei Beispiele: Staatsbürgerliche Mündigkeit und Selbständigkeit werden so definiert: „Der Sinn für Selbständigkeit muss auch in der Schule gefördert werden. Das schließt eine positive Grundeinstellung zu unternehmerischer Selbständigkeit in der freien Wirtschaft ein.“ (20) Das zweite Beispiel: Die CDU bekennet sich zum Prinzip der Chancengleichheit. „Daraus leitet sich die Forderung ab, jeden Menschen nach seinen Begabungen und Fähigkeiten durch differenzierte Bildungsangebote zu fördern.“ (A. Schavan) Bei der SPD heißt es „Chancengleichheit beim Start, nicht im Ergebnis“ (B. Hombach) oder „jeden individuell nach seinen Voraussetzungen fördern“ (G. Behler).

Die PädagogInnen dürfen sich freuen. Wurden sie früher von allen gescholten, werden sie jetzt von allen gelobt: Bei der CDU ist von „Wertschätzung pädagogischer Arbeit“ und „unverzichtbarer und herausragender kultureller Grundlagenarbeit“ die Rede (19). Bei der SPD loben Willi Lemke als neuer Kultusministerkonferenzvorsitzender und W. Clement und G. Schröder beim SPD-Bildungskongress im Januar 2000 neuerdings die Lehrer über allen Klee. Zweifellos haben CDU und SPD erkannt, dass die von ihnen propagierte und ins Werk gesetzte „Reform“ nur unter der Voraussetzung der Akzeptanz bei den direkt Betroffenen relativiert werden kann. Also: Man lobt, das kostet am wenigsten. Wer, wie Angela Merkel mehrfach auf dem CDU-Parteitag betonte, „Markt und Menschlichkeit versöhnen“ will, braucht die Macher des Sozialkitts, die social-engineers. Das hat auch die CDU erkannt.

Im Übrigen finden sich viele Vorschläge zur Weiterbildung (z.B. „Stiftung Bildungstest“ und „Regionales Netzwerk Weiterbildung“), die sich auch anderswo finden und zur Berufsbildung (Festhalten am „dualen System“, „Modularisierung“,

Einfachberufe), die auch von der SPD, den Grünen oder der Hans-Böckler-Stiftung vertreten werden. Überhaupt kann man sagen: Dies CDU-Bildungsprogramm als gesellschaftspolitisches Umwandlungskonzept ist SPD- und Grünen-kompatibel. Es bahnt sich also die ganz große Koalition in der Bildungspolitik und damit in einem wichtigen strategischen Feld der Gesellschaftspolitik an. Selbst mehr Ganztagschulen und mehr Geld für Bildung fordert die CDU. Der alte Streitpunkt Gesamtschule wird reduziert: Jetzt heißt es nur, dass Gesamtschulen zu teuer seien gemessen am Output. Das sagt aber auch die SPD. Böckler-Stiftung, Dieter Wunder (ehem. GEW-Vorsitzender), Sybille Volksholz (ehem. Grüne Bildungs-senatorin Berlin), SPD und nun auch die CDU sprechen sich für Grundfinanzierung und die Ausgabe von Bildungsgutscheinen aus – und der rot-grüne Senat in Hamburg realisiert erste Feldversuche an Berufsschulen (Sportgutscheine) und Kindergärten (Kita-Cards).

Wo also liegen Unterschiede? Mögliche Konflikte – und auf diesen Felder ist die Diskussion schon entbrannt – gibt es bei der Frage der Werteerziehung. Wie viel? Was? Welche? Bei der Anlage, Häufigkeit und dem Umfang der zentralen Vergleichstests (zentrale Schulprüfungen und/oder empirische Großuntersuchungen) und bei der Frage, was grundlagenfinanziert und was durch Bildungssparen und Gutscheine zugekauft werden muss. Und mit der sozialistischen und reformerischen Linken gibt es Konflikte darum, dass bei der CDU nichts zur Friedens- und Konfliktlösungserziehung, zur Menschenrechts- und Antirassismus-Erziehung gesagt wird. Und der Streit sollte sein, ob politische Bildung zur Kohäsion der Gesellschaft oder zur gesellschaftlichen und individuellen Emanzipation beitragen soll.

Beachtlich ist, dass Begriffe wie Konflikt, Kritikfähigkeit und Mitbestimmung fehlen – und natürlich auch die bildungspolitischen und pädagogischen Zusammenhänge. Es ist also das Interessanteste an der neuen CDU-Position, was fehlt, was nicht einmal erwähnt wird. Denn dass der Markt gut und der Wettbewerb auch in der Schule nur gut sei – diese Ideologie kennen wir nur allzu gut.

Fazit: Man kann nicht mehr behaupten, dass die CDU sich „muddling through the middle“ will, sie will gestalten und „Markt und Menschlichkeit versöhnen“ (Merkel) – und sie hat ein Konzept dazu, das sie auch mit einer großen Koalition realisieren könnte. Die Linke sollte also die modernen integrationistischen Gesellschaftskonzepte von CDU und SPD gemeinsam ernst nehmen – und ihre eigenen Konzepte in die aufgebrochene Bildungs-Protest-Landschaft einbringen. Die Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen hören sicher zu, übrigens auch in Paris, Madrid, Dresden, Hamburg, Berlin. Horst Bethge, *Bildungspolitischer Sprecher der PDS*

Mitte April fand das Dritte Treffen des Ostseerates in der dänischen Stadt Kolding statt.

Der Ostseerat wurde 1992 auf Initiative der BRD gegründet. Dem Gremium gehören alle fünf nordeuropäischen Länder (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden), Deutschland, Polen, Russland und die drei baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) an. Ziel des Ostseerates ist es, die europäische Großraumbildung im Norden vorzubereiten und die ehemaligen Staaten der Sowjetunion an der Ostsee in ein Geflecht von Abhängigkeiten zu bringen und eigene regionale Initiativen quer zum EU-Bildungsprozess zu verhindern.

Mit der „Agenda der Beziehungen Deutschlands zu den baltischen Staaten“, die Mitte der 90er Jahre unter der Regierung Kohl ausgearbeitet wurde, versuchte die BRD, sich innerhalb der an der Region interessierten Staaten eine Vormachtstellung zu sichern. Beziehungsreich lautet auch gleich das 1. Kapitel der „Agenda“: Die Bundesregierung sieht sich als „Anwalt der Balten“. Es heißt dort weiter: „Deutschland, das als einer der ersten Staaten mit Estland, Lettland und Litauen nach Erlangung der Unabhängigkeit vor 5 Jahren die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen hat, versteht sich seither als Anwalt dieser Staaten bei ihrer Heranführung an die europäischen Strukturen. Deutschland hat sich frühzeitig für den Abschluss von Assoziierungsabkommen der baltischen Staaten mit der Europäischen Union eingesetzt. Es gilt jetzt, den Beitritt der baltischen Staaten zur Europäischen Union gut vorzubereiten.“

Der politische Einbindungsprozess ist das eine, das andere die ökonomische Ausbeutung des Gebietes, zu dem die EU-Strategen auch immer gleich Russland mit einbeziehen. Konkrete Ziele sind hier schon längst abgesteckt. 1998 stellte der damalige Staatssekretär Hoyer fest:

„Der Nordosten Europas ist ein Raum mit erheblichem wirtschaftlichen Potential, insbesondere im Hinblick auf die erheblichen Vorräte an Kohlenwasserstoffressourcen im Nordwesten Russlands. Gleichzeitig sind gerade auch dort vielfältige Quellen potentieller Gefahren, die mit den Stichwörtern ‚Umweltverschmutzung‘, ‚nukleare Verseuchung‘ und ‚organisierte Kriminalität‘ ansatzweise beschrieben werden können.“

Die Politik der jetzigen Bundesregierung knüpft auch hier nahtlos an die ihrer christlich-demokratischen Vorgängerregierung an. Dies zeigte die Position des Bundeskanzlers auf der jetzigen dritten Tagung des Ostseerates. Schröder hatte dort ein stärkeres deutsches Engagement im Ostseeraum angekündigt. Auf der Abschluss-tagung sagte er, der Ostseeraum habe einen Anteil von zehn Prozent am deutschen Außenhandel. Damit sei die Region als Handelspartner für Deutschland wichtiger als die USA. Er werde sich

# BRD will größeren Einfluss im Ostseeraum

politisch dafür einsetzen, dass der Ostseerat bei der EU-Kommission ein ebenso starkes Gewicht gewinne wie bisher die Kooperation der Mittelmeerländer.

Untätig waren die Emissäre der Bundesregierung auch bisher nicht. So haben sich die Ostsee-Anrainer bei der EU mit der Forderung nach einer eigenen Ostsee-Politik durchgesetzt. Im April letzten Jahres hat die Europäische Kommission das Grundsatzdokument „Baltic Sea Region Initiative“ veröffentlicht. Zur Koordination hat die Kommission einen besonderen Lenkungsausschuss eingerichtet. Im Rahmen spezieller Programme wie „Interreg II C“ oder „Baltic Small Projects Facility“ wurden bisher weit über 100 Millionen Mark bereitgestellt.

## Deutsches Engagement im Ostseeraum

Die praktische Abwicklung liegt, wie kann es anders sein, in deutscher Hand. Koordinierungsstelle ist die Investitionsbank Schleswig-Holstein, mit einer eigenen Geschäftsstelle in Rostock. Schleswig-Holstein ist seit 1991 mit zahlreichen Regionen des Ostseeraumes partnerschaftlich verbunden: SydSam in Schweden, Oslo und Åkershus in Norwegen, der finnischen Stadt Vaasa und den dänischen Ämtern Sønderjylland (Nord-schleswig), Storstrøms (Lolland und Falster) und Fyn (Fünen), der Wojewodschaft Danzig, dem Oblast Kaliningrad sowie nicht zuletzt mit Estland als Ganzem. Gemeinsam mit der Hansestadt Hamburg unterhält das nördlichste Bundesland in Brüssel ein „Hanse-Büro“. Ziel solcher Büros sind die Ausarbeitung von konkreten Plänen zur Ausbau von z.B. Energie- und Verkehrsnetzen. Hier liegen schon konkrete Pläne vor deren Durchführung auch auf der Konferenz besprochen wurde.

**Ausbau des Verkehrsnetzes:** Zu einem Verkehrsring rund um die Ostsee gehören die festen Überquerungen von Deutschland und Dänemark nach Skandinavien, die Verbindung zwischen Schweden und Finnland und ihre Weiterführung nach St. Petersburg. Im Osten schließt sich die Via Baltica an, die von St. Petersburg über die Baltischen Republiken und Kaliningrad bis nach Gdansk reicht. Die südliche Ostsee umschließt die Via Hanseatica, die das nördliche Polen mit Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Zentraleuropa verbindet. Bisher existieren nur Teilstücke dieses Ringes oder sind in Bau. Mit der Großen-Belt-Überquerung und der Öresundüberquerung wird Südschweden (Malmö) mit Dänemark und Deutschland verbunden. Die „Jütlandlinie“, von Kopenhagen über Dänemark nach Schleswig-Holstein ist seit dem letzten Jahr befahrbar. Hohe Priorität messen die Regierung-

schefs dem Ausbau der Via Baltica, der Verbindung zwischen St. Petersburg über die Baltischen Republiken bis nach Gdansk, bei. Ihr Ausbau soll auch von der EU unterstützt werden. Durch den Bau der Ostseeautobahn durch Ostholstein und Mecklenburg-Vorpommern bis Szczecin leistet die BRD einen Beitrag zur Via Hanseatica, deren Weiterführung auf polnischer Seite nun begonnen wurde.

**Energiepolitik:** Hier kommt es zu einer direkten Konfrontation mit Russland. Denn noch sind die Baltischen Republiken auf Gas- und Öllieferungen aus Russland angewiesen, und die Stromleitungssysteme lassen keinen Stromtausch zwischen den ehemaligen COMECON-Staaten und den EU-Mitgliedsländern zu. Russland ist aber auf den Verkauf von Energie in die Region angewiesen. Dieses hohen Gewinn bringende Geschäft wollen jetzt andere machen. Unter dem Stichwort „Energie-Ring Ostsee“ wird für die Region eine Umstrukturierung der Energieversorgung angestrebt. Dazu gehören der Ausbau der Stromverbindung zwischen Skandinavien und Deutschland, die Versorgung der Baltischen Republiken mit Öl und Gas aus der Nordsee und die Entwicklung eines Stromnetzes, das die Verbindung zwischen Deutschland, Polen und den Baltischen Republiken ermöglicht. Der Elektrizitätsverbund zwischen Deutschland, Dänemark und Norwegen, aber auch der Verbund von Deutschland über Polen, Russland, die drei Baltischen Republiken bis nach Finnland sind in den Plan der Transeuropäischen Energienetze aufgenommen worden.

Zwei weitere Themen standen im Mittelpunkt des dritten Gipfeltreffens. Zum einen die Frage der Behandlung der „inneren Sicherheit“ der Region. Konkret beschlossen wurde, das Mandat einer als Task Force bezeichneten Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität weiterzuführen. Die Gruppe war beim ersten Gipfel 1996 eingesetzt worden. Ein Jahr später folgten schon die ersten Großeinsätze.

Mit der Bezeichnung „Baltic Guard“ startete am 23. Mai 1997 eine zehntägige Operation (unter deutscher Führung) gegen die sogenannte „illegale Einwanderung“. Unter anderem wurden dabei besonders intensiv Kontrollen in Seehäfen sowie des Schiffsverkehrs vorgenommen – 7338 Schiffsbewegungen wurden überwacht sowie 3379 Schiffe überprüft. Eine zweite „Baltic-Guard“-Operation vom 30. August bis zum 3. September 1997 (3570 Schiffsbewegungen, 2213 Überprüfungen) brachte wie die erste keine spektakulären Festnahmen im Zusammenhang mit „illegaler Einwanderung“; in Dänemark und Schweden wur-

den dabei jedoch 1,4 Millionen Schmutzgelzigaretten gefunden und zwei Personen dafür in Haft genommen. Die Operation habe aber sicherlich „einen hohen vorbeugenden Effekt“ gehabt, wertet der Abschlussbericht.

Zum anderen besprachen die Regierungschefs die Kaliningradfrage. Das Verhältnis zu Kaliningrad wurde von den versammelten Staatsschefs als so wichtig eingeschätzt, dass sie es gleich weiterreichten auf eine Sonderkonferenz, die im Mai stattfinden wird. Darüber mehr in den folgenden Ausgaben der Politischen Berichte. *hav*

## Gescheiterte Bankenfusion

# Blamage für Allianz und Deutsche Bank

Am 5. April gab die Dresdner Bank den Abbruch der Verhandlungen über die am 9. März mit großem Getöse angekündigte Fusion von Deutscher und Dresdner Bank zur größten Bank der Welt bekannt. In übereinstimmenden Erklärungen beider Seiten wurde als Grund für das Scheitern die Uneinigkeit über die Zukunft der Investmentbanking-Sparte Dresdner Kleinwort Benson (DKB) genannt. Damit ist auch für den Allianz-Konzern das Geschäft erst einmal geplatzt, für den 22%-igen Anteil an der Dresdner Bank die Filialbank Deutsche Bank 24 zum Versicherungsvertrieb zu übernehmen und die DSW als Fondsgesellschaft und den Deutschen Herold als Versicherung zu erwerben (s. *Politische Berichte* Nr.7/2000).

Nach verschiedenen Presseberichten hatten die Vorstandsspitzen von Allianz, Deutscher und Dresdner Bank die Vorentscheidungen über die Fusion ohne Beteiligung weiterer Vorstandsmitglieder gefasst. Insbesondere war der bei der Deutschen Bank für das Investmentbanking zuständige Vorstand Ackermann nicht rechtzeitig „eingeweiht“ worden. Daraufhin kam es innerhalb der Deutschen Bank zu einem Aufstand des Investmentbanking-Bereiches, wo von der Vorstandsspitze herab eine Integration der Dresdner-Bank-Kollegen mit Ausnahme einiger hochprofitabler Teile abgelehnt wurde. Insbesondere Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte der Deutschen Bank verteidigten ihre Posten gegen die Dresdner-Anwärter. Am Tag der Fusionspressekonferenz wurden aus Kreisen der Londoner Global Markets-Abteilung der Deutschen Bank gezielt Indiskretionen an die Presse gegeben, die Vorstandssprecher Breuer erst feierlich dementieren musste: „Dresdner Kleinwort Benson ist ein Juwel.“ Während der

## Griechenlands Oberster Gerichtshof verurteilt BRD zu Wiedergutmachung

Es machte sich schon Staunen breit, als Bundespräsident Rau am 5.4. in dem Städtchen Kalavrita auf dem Nordpeloponnes sich als erster deutscher Politiker überhaupt vor den Opfern der deutschen Besatzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg verbeugte. Rau sprach von „Gräuel und Verwüstung, die die deutschen Soldaten angerichtet haben,“ und von „tiefer Trauer und Scham“. Diese Geste Raus wurde von dem griechischen Staatspräsidenten Stephanopoulos, von dem „Nationalen Rat zur Förderung der Begleichung von Kriegsentschädigungen Deutschlands an Griechenland“, in dem sich die Opfer der deutschen Gewaltherrschaft vereinigt haben, sowie von den Einwohnern Kalavritas als späte Genugtuung aufgenommen.

In Kalavrita trieben die Soldaten des 749. Jäger-Regiments am 12. Dezember 1943 die Bevölkerung zusammen. Als „Sühnemaßnahme“ für von Partisanen getötete deutsche Soldaten erschossen die Armeesoldaten die gesamte männliche Bevölkerung Kalavritas über 15 Jahre: über 1.200 Männer und Jugendliche. Kalavrita wurde zerstört. Im Rahmen der „Unternehmung Kalavrita“ (Kriegstagebuch des LXVIII Armeekorps) wurden 28 Ortschaften und Klöster niedergebrannt und etwa 2.000 Menschen ermordet.

Rau sagte nach 57 Jahren in Kalavri-

ta aber auch, das wäre alles, was er tun könne. Stephanopoulos erklärte dazu in seiner Ansprache, dass Rau getan habe, was er könne, er sei „aber sicher, der deutsche Staat kann mehr leisten, um die Folgen zu lindern“.

Das ist dann auch der Kern: Es geht um Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe. Auf der Pariser Konferenz 1946 wurden die Reparationszahlungen an Griechenland für die spätere BRD auf 7,5 Mrd. US-Dollar beziffert. Die deutsche Gesamtschuld wird heute auf über 100 Mrd. DM von dem griechischen Finanzministerium geschätzt. Die Haltung der bisherigen Bundesregierungen erläuterte dazu am 10.12.1997 Staatssekretär Dr. von Ploetz auf eine Kleine Anfrage der PDS im Bundestag: Die Bundesregierung denke nicht daran, sich selbstständig an der Aufklärung der Verbrechen deutscher Besatzung in Griechenland zu beteiligen. Es wurden bis 1960 rund 115 Mio. DM Kompensationsforderungen abgegolten. Weitere Zahlungen sollen nicht mehr erfolgen. Urteile irgendwelcher Art von griechischen Gerichten hätten für die BRD keine Bedeutung, da diese dem Grundsatz der „Staatenimmunität“ widersprächen.

Zu diesem Zeitpunkt war gerade von dem Landgericht Levadia die Bundesrepublik Deutschland zu Entschädigungszahlungen von ca. 60 Mio. DM verurteilt

worden. Geklagt hatten Opfer und Angehörige von Ermordeten aus der Ortschaft Distomo bei Delphi. Dort hatte die Waffen-SS am 10.6.1944 als Vergeltung für Partisanenangriffe 218 Menschen erschossen, die Hälfte der Dorfbevölkerung. Das Dorf wurde bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Im Zuge dieser Operation wurden insgesamt rund 1.300 Menschen in dieser Region von Armee und Waffen-SS regelrecht abgeschlachtet.

Eine Note der Bundesregierung vom

Deutsche Verbrechen in Griechenland



### „Von den neuen Antennen kamen die alten Dummheiten ...“

(B. Brecht)

2. Internationales Hearing des Europäischen Tribunals über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien am 16. April 2000 in Hamburg



Rund 400 Teilnehmer trafen sich im Curio-Haus in Hamburg, um über die deutsche Verantwortung und die deutschen Verantwortlichen für die Aggression der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu debattieren.

Das Curio-Haus, Sitz der GEW Hamburg, diente auch als Symbol für ein breiteres Engagement der Gewerkschaften in der Tribunalbewegung. Immerhin traten Vertreter der IG Metall, der IG Medien und der GEW mit fundierten Beiträgen an das Mikrofon. Gleichzeitig kritisierten sie die ungenügende Auseinandersetzung in den Gewerkschaften mit der Position des DGB-Vorsitzenden Schulte zur Bejahung des NATO-Krieges.

#### Regierung der Bundesrepublik auf der Anklagebank

Fundierte Analysen der juristischen, politischen und moralischen Verantwortung der Bundesregierung, insbesondere von Scharping, Fischer und Schröder, unterbreiteten Sachkenner, wie der frühere Botschafter der DDR in Jugoslawien, Ralph Hartmann, der Hamburger Publizist Dr. Matthias Küntzel, Flottillenadmiral a.D. Elmar Schmäling oder der Umweltexperte Prof. Knut Krusewitz.

Mehrere Redner geißelten die Rolle der

deutschen Medien als vierte Waffengattung, wobei die Anklagen von der unkritischen Übernahme aller Darlegungen der NATO bzw. der Bundesregierung bis zur bewussten Manipulation und Desinformation der Öffentlichkeit reichten. Rolf Becker von der IG Medien hatte das Brecht-Wort von 1943 „Von den neuen Antennen kamen die alten Dummheiten ...“ zum Ausgangspunkt genommen und gab mit dem Schluss dieses Zitates auch die Aufgaben in Auswertung des Tribunals vor: „... die Weisheit wurde von Mund zu Mund weitergetragen.“

Ein neues Moment für die Tribunalbewegung brachte die erste Auswertung von Strafverfahren gegen Personen, die in Appellen und Anzeigen die Soldaten der Bundeswehr zur Verweigerung des Kriegseinsatzes aufgerufen hatten. Sie wurden von der Staatsanwaltschaft der „öffentlichen Aufforderung zu Straftaten“ angeklagt. In der Mehrzahl der Fälle erfolgte ein Freispruch. Um so deutlicher bleibt die Diskrepanz, dass der Generalbundesanwalt die Prüfung aller Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen für diesen Krieg wegen Verletzungen des Grundgesetzes (Art. 26) und des Strafgesetzbuches (§ 80 StGB: Vorbereitung eines Angriffskrieges) mit lapidaren



Januar 1995 erklärte zu dem Vorgang: „Nach Auffassung der Bundesregierung sind Vergeltungsaktionen wie gegen das Dorf Distomo nicht als NS-Tat zu definieren, deren Opfer wegen ihrer Rasse, ihrer Religion oder ausdrücklichen Antihaltung geschädigt worden sind, sondern als Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung, denn sie stellen Reaktionen auf Partisanenangriffe dar. Sie fallen nicht unter die Regelung des Bundes zur Entschädigung von NS-Unrecht, sondern unter den Fragenkomplex Reparationen. Zur Reparationsfrage vertritt die Bundesregierung die Auffassung, dass sich diese durch Zeitablauf und Veränderung der Situation in Euro-

pa sowie des deutsch-griechischen Verhältnisses erledigt hat.“

Diese Haltung der Bundesregierung wird nicht mehr lange gehalten werden können. Am 13. April 2000 lehnte Griechenlands Oberster Gerichtshof eine Berufungsklage der Bundesrepublik Deutschland gegen das Urteil des Landgerichts Levadia ab. Mit einer Mehrheit von 16 zu vier Stimmen bestätigten die Richter in Athen das Urteil, wonach die BRD die 60 Mio. DM zu zahlen habe. Die „Staatenimmunität“ gegen Privatklagen könne in diesem Falle nicht greifen, da Handlungen oder Unterlassungen durch Staatsorgane erfolgt seien, die die Regeln des Internationalen Rechts und im spe-

ziellen des Kriegsrechts grob verletzt hätten. Daraus folge, dass griechische Gerichte für diese Vorgänge zuständig seien. Dies werde auch in den Römischen Verträgen sowie durch Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg bestätigt. Nach Ansicht des Obersten Gerichtshofes besteht jetzt sogar ein Rechtstitel für Schadloshaltung an deutschem Vermögen in Griechenland, falls die Bundesregierung die Entschädigungszahlungen weiter verweigern sollte. Graf Lambsdorff, Regierungsbeauftragter für die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, befürchtete die Folgen aus diesem Urteil. Denn jetzt sind einige tausend Klagen zu er-



Begründungen verweigerte.

#### Gegen die neue Art der Auschwitzlüge

Ein bewegender Höhepunkt des Hearings war die Rede des bekannten Antifaschisten Peter Gingold über die neue Art der Auschwitzlüge. Peter Gingold, dessen ganze Familie im Holocaust umgebracht wurde, entlarvte überzeugend die Verlogenheit der verbalen Bezüge deutscher Politiker auf die faschistische Vergangenheit zur Begründung des Krieges. Sie dienten einerseits der Einstimmung der deutschen Bevölkerung auf den dritten Angriff Deutschlands auf Jugoslawien, haben aber zugleich die Funktion, den Hitlerfaschismus weiter zu verharmlosen, seine Verbrechen als fast banal erscheinen zu lassen. Peter Gingold bezeichnete dieses Vorgehen zu Recht als ungeheuerlich.

Horst Bethge von der GEW Hamburg referierte über Kinder und Jugendliche als Opfer des Krieges. Von den mehr als 2000 Toten unter der Zivilbevölkerung sind 785 Kinder. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter den Verletzten beträgt 40 %. Kinder als „Kollateralschäden“ (so die NATO) – zynischer kann man Kriegsverbrechen wohl kaum beschreiben!

Das Hearing bot auch einem offiziellen Vertreter Jugoslawiens, dem Generalkonsul Miroljup Milanovic, die in Deutschland seltene Chance, die Sicht der jugoslawischen Seite darzustellen. Generalkonsul Milanovic würdigte die solidarischen Unterstützung der deutschen und internationalen Friedensbewegung für sein Land, das trotz ungeheurer Anstrengung zum Wiederaufbau durch das erneut verschärfte Embargo der EU faktisch weiterhin im Kriegszustand mit all seinen schrecklichen Folgen für die Menschen gelassen wird.

Schließlich hatten auch zwei Bundestagsabgeordnete der PDS (Wolfgang Gehrcke und Heidemarie Lüth) die Gelegenheit, ihre Erfahrungen mit der „parlamentarischen Demokratie“ anhand von Reaktionen der Bundesregierung auf parlamentarischen Anfragen der PDS bzw. auf Petitionen aus der Bevölkerung darzulegen. Immerhin hatten sich 160.000 Bundesbürger mit Petitionen bezüglich des Krieges gegen Jugoslawien an den Deutschen Bundestag gewandt. Eine Zahl, die groß erscheint, aber auch die Begrenztheit des Protestes widerspiegelt.

Die Redebeiträge, einschließlich weiterer schriftlich eingereichter Studien, z.B. zu den Hintergründen des angebli-

chen Massakers von Racak oder zum sogenannten „Hufeisenplan“, werden kurzfristig aufbereitet und sollen bis zum Europäischen Tribunal am 2. und 3. Juni 2000 in Berlin als Buch vorliegen.

Das Buch zum 1. Hearing: *Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien* ist bereits in 2. Auflage erschienen.

#### Breite Solidarität erforderlich

All diese Projekte, die Verbreitung der Wahrheit mit Hilfe dieser Bücher und die Durchführung des Tribunals können nur realisiert werden durch eine breite solidarische Bewegung, weit über die direkten Teilnehmer an diesen Veranstaltungen hinaus. Deshalb rufen wir auf:

Unterstützt das Tribunal durch Spenden und durch den Kauf und die Weiterverbreitung der Bücher zum Hearing.

Ansprechpartner dafür ist die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM), Weitlingstr. 89, 10317 Berlin, Tel.: 030 – 5578397 Fax: 030 – 5556355, e-mail: gbmev@t-online.de – Spendenkonto der GBM: Berliner Sparkasse, Kto.Nr. 13 192 736; BLZ 100 500 00; Kennwort: Tribunal Klaus Eichner, Mitglied des Vorstandes der GBM

weiteren Fusionsvorbereitungen wurden Investmentbank-Beschäftigte der Dresdner Bank gezielt von der Deutschen Bank abgeworben. Einige Teams von DKB, die um ihre Zukunftsperspektiven in der neuen Deutschen Bank fürchteten, kündigten vorsorglich komplett, was zum Wegfall ganzer Geschäftsbeziehungen für die Dresdner Bank zu führen drohte. In Tokio wechselte eine Gruppe von Aktienhändlern zu dem Brokerhaus Lehman Brothers, eine Gruppe von Research- und Platzierungsspezialisten zu J.P.Morgan. Die Dresdner Bank setzte darauf bis zu sage und schreibe 500 Mio. DM an Bonuszahlungen aus, um diese Leute zu halten. Nachdem Breuer schließlich den Forderungen seiner Investment Banking-Leute nach Verkauf von DKB nachgegeben hatte, war für den Vorstand der Dresdner das Maß voll. Eine Fusion „unter Gleichen“ würde das nicht werden und damit würde die in diesem Fusionsprozess notwendige Loyalität des mittleren Managements nicht mehr zu halten sein.

Die starke Position der Investment Banker resultiert aus dem Rückgang der Margen im traditionellen Einlagen- und Kredit-Geschäft der Banken und der wachsenden Bedeutung des Aktienmarktes für die direkte Finanzierung von Kapitalexpansion und Firmenübernahmen (s. *Politische Berichte* Nr.7/2000). Bei der Dresdner Bank wurden ca. 45 % des Ertrages in 1999 aus dem Investmentbanking erwirtschaftet. Einige der in diesen Bereichen arbeitenden Angestellten haben aufgrund der wachsenden Nachfrage exorbitante Gehälter, die oft an Geschäftsabschlüsse oder Aktienkurse gebunden sind. Nach 6 Jahren Erfahrung können das durchaus 700.000 bis 800.000 DM im Jahr sein (*Financial Times Dtschld* 23.3.00). Zum Vergleich: In der Tarifgruppe 7, der Endstufe eines Sachbearbeiters in der Wertpapierabwicklung, kommt man bei 13,5 Gehältern auf ca. 75.000 DM im Jahr. Die Organisation dieser Bereiche als Profitcenter, wo ganze Teams bei Nichterfüllung von Forderungen mit Abwanderung unter Mitnahme ihrer Kundenkontakte drohen können, kann sich in solchen Krisensituation gegen den eigenen Vorstand wenden. Typisches Zitat aus diesen Kreisen: „Wenn Sie Loyalität wollen, dann kaufen Sie sich einen Hund.“

Nach Bekanntgabe des Scheiterns war unter Frankfurts Bankangestellten die Schadenfreude groß. Wenn auch klar ist, dass derzeit kein Ende der Fusions- und Rationalisierungswelle im Bankbereich abzusehen ist, so hat sich doch gezeigt, dass großwahnsinnige Pläne von Bankvorständen und insbesondere der Deutschen Bank auch einmal scheitern können. Zur Zeit läuft von Gewerkschaftsseite eine Kampagne gegen die Ausdehnung des Börsenhandels in den Feierabend und auf die Feiertage. Die Urheber dieser Pläne sind die gleichen wie die der geplatzen Fusion.

gst

## Nach Regionalwahlen in Italien

# Mit Amato weiter in die soziale Isolierung?

Die Niederlage der regierenden Mitte-Links-Koalition bei den Regionalwahlen in Italien übertraf die schlimmsten Befürchtungen. Der linksdemokratische Ministerpräsident D'Alema hatte sogar bis zum Schluss mit einem Erfolg von zehn zu fünf Regionen zugunsten der Regierungskoalition gerechnet. Er lag damit weit weg von den tatsächlichen politischen Entwicklungen: Von den 15 Regionen, in denen gewählt wurde, fielen acht an das Rechtsbündnis von Forza Italia, Alleanza nazionale und Lega Nord. Alle großen Regionen des Nordens – Venetien, Lombardei und Piemont – gingen wie bisher an die Rechten, und Ligurien kam noch dazu; desgleichen im Zentrum die Abruzzen und sogar die Region um Rom, Latium, die von einem Rechtsaußen aus Alleanza nazionale regiert werden wird. Die Rechte, vor allem Berlusconi's Forza Italia, hat überall dazu gewonnen – auch in den traditionell „roten“ Regionen wie Emilia Romagna und Toskana. Und im Unterschied zu früher ging der Erfolg von Forza Italia diesmal nicht auf Kosten der rechten Konkurrenten.

Der linksdemokratische Regierungschef D'Alema hatte die Wahlen zu einer Entscheidung über die Regierungspolitik und zu einem Urteil über D'Alema/Berlusconi erklärt und schwer verloren. Abgesehen vom Erfolg in der Region Kampanien, die auf den populären Linksdemokraten Bassolino zurückgeführt wird, hat die Regierungskoalition überall verloren, im prosperierenden Norden wie im Süden.

Die Regierungsparteien um die Linksdemokraten stehen vor einem strategischen Scherbenhaufen. Ihre Politik sollte sich nicht grundsätzlich von den Rechten unterscheiden, aber gemäßiger daherkommen. Sie wollten als die besseren Techniker bei der Führung des Staats dastehen und haben sich dabei offensichtlich sozial isoliert. Die Regierungsparteien haben wohl durchweg Unterstützung eingebüßt – unter den Mittelklassen wie auch unter der lohnabhängigen Bevölkerung.

Etwas hinzugewonnen – im Vergleich zum katastrophalen Europawahlergebnis – hat in der Opposition wieder Rifondazione comunista. Nach dem Ausscheiden aus der Regierung im letzten Spätsommer sah sich Rifondazione in einer existenziellen Krise. Die sieht die Parteiführung mit der wieder gewachsenen Wählerzustimmung im Norden überwinden.

Als „unverzichtbar, aber nicht ausreichend“ wird die heutige politische Rolle der Partei eingeschätzt. Schwerpunkte der nächsten Zeit sollen soziale Initiativen wie Erhöhung von Minde-

strenten und Niedriglöhnen sein.

Ganz anders navigieren die Regierungsparteien: Statt einer Abgrenzung von den Rechten und eigenen Initiativen auf sozialem Feld wollen sie mit einem neuen Ministerpräsidenten und mit einer Änderung des Wahlrechts bis zu den nächsten regulären Parlamentswahlen 2001 durchhalten und die von den Rechten geforderten sofortigen Neuwahlen unbedingt verhindern. Ausgerechnet das Wahlrechtsreferendum im Mai – Ziel: Einführung eines reinen Mehrheitswahlrechts durch Abschaffung der noch bestehenden Elemente von Verhältniswahlrecht – soll ihnen das Überleben an der Regierung bei der nächsten Wahl sichern.

Viele Kritiker, z.B. aus dem gewerkschaftlichen Lager, halten das angesichts der erfolgreichen Blockbildung der Rechten für eine falsche, selbstmörderische Strategie.

Ebenso die Nominierung ausgerechnet Giuliano Amatos zum Nachfolger des Ex-Kommunisten D'Alema. Amato ist ein Signal an das bürgerliche Lager, wo er der Mitte-Links-Koalition Luft verschaffen soll. Amato – viele Jahre die graue Eminenz hinter Bettino Craxi und später selber einige Jahre Ministerpräsident – steht für Antisoziales und Antigewerkschaftliches: die Abschaffung des automatischen Lohnausgleichs Scala mobile, Renten- und Lohnkürzungen, Haushaltseinschnitte à la Maastricht usw. In der Regierung D'Alema hat er als Schatzminister die Rolle des marktradikalen Antreibers gespielt. Noch vor wenigen Tagen hat er seine Experten im Ministerium einen neuerlichen Vorstoß für die Erleichterung von Kündigungen vortragen lassen und damit das umstrittene einschlägige Referendum im Mai gestützt. Dort steht faktisch die totale Kündigungsfreiheit zur Abstimmung; die Arbeitgeber sollen von der Verpflichtung befreit werden, Kündigungen überhaupt begründen zu müssen.

Und diese Entscheidung für Amato ist möglicherweise auch eine Vorentscheidung über den Spitzenkandidaten der Mitte-Links-Koalition für die Wahl 2001! Der Fortgang der sozialen Erosion der Regierungsparteien um die Linksdemokraten ist damit absehbar. Viele, auch im kritischen Bereich der Gewerkschaften, suchen nach einem Ausweg. Ein Vorschlag heißt: Bei den Referenden im Mai alle Kräfte auf die Abwehr der totalen Kündigungsfreiheit richten, weil es in dieser Frage – auch im Norden – die Chance auf soziale Mehrheiten gibt. Und diese Auseinandersetzung mit dem Kampf um soziale Grundrechte für alle verbinden, auch für den wachsenden Bereich der prekär Beschäftigten. Insgesamt: Auf sozialem Feld Initiativen entwickeln und nicht die gemäßigte Variante der Rechten sein wollen.

rok





Proteste  
gegen IWF/  
Weltbank in  
Prag

Einige hundert Menschen haben am 17. April in der tschechischen Hauptstadt Prag gegen die Politik von IWF, Weltbank und WTO protestiert. Unmittelbarer Anlass war die Sitzung des IWF in Washington, die dort ebenfalls mit massiven Protesten begleitet wurde. Die Aktion in Prag kann man als eine Art Auftaktveranstaltung ansehen. Denn vom 25. bis 29. September soll die 55. Jahrestagung von IWF/Weltbank in Prag stattfinden.

## Kampf um Ölkonzerne in Osteuropa

Der ungarische Energiekonzern MOL hat nun offiziell den Zuschlag für eine Beteiligung an der slowakischen Raffinerie Slovnaft erhalten: MOL wird für 262 Mill. Dollar (274 Mill. Euro/3,8 Mrd. S) 36,2 Prozent an Slovnaft erwerben. Der entsprechende Vertrag mit dem Slovnaft-Mehrheitseigentümer Slovintegro ist schon unterzeichnet worden.

MOL hat damit den österreichischen OMV-Konzern, stärkster Wettbewerber in Mittel- und Osteuropa und Mitbieter um die Slovnaft, ausgestochen. Die neue Allianz aus den beiden Nachbarländern will nach Österreich und Südpolen expandieren. Angeblich versucht nun die OMV ihrerseits, den Angriff durch einen Einstieg bei der MOL abzuwehren. Der Kaufpreis für das Slovnaft-Paket entspricht rund dem Dreifachen des Börsenkurses. 150 Mill. Dollar werden durch eine Kapitalerhöhung erworben. MOL hat gleichzeitig eine Option auf die Mehrheit von 50 Prozent plus einer Aktie, die nach zwei Jahren ausgeübt werden kann, erworben. Analysten betonten, daß MOL mit dem Einstieg bei Slovnaft die Raffinerie, Tankstellen sowie Zugang zu den Märkten Polens und Österreichs erhalte. Die Beteiligung sei zwar teuer, allerdings seien ab 2001 Gewinne zu erwarten und die Wachstumschancen seien gut, meinen die Analysten. Janos Csak, Vorstandsleiter von MOL, betonte in einer Aussendung, daß sich der Konzern mit Slovnaft in einem vielversprechenden Wachstumsmarkt positioniere. Die Transaktion sei ein wesentlicher Schritt und der Beginn einer Strategie, die MOL zu einer treibenden Kraft in der Region mache. Zusammen halten MOL und Slovnaft 36 Prozent am

Ölproduktenmarkt in Ungarn und 38 Prozent in der Slowakei. Slovnaft besitzt 360 Tankstellen, MOL 447, davon 390 in Ungarn. Was nach einem Abwehrkampf der regionalen ungarischen Industrie gegen eine österreichische Übermacht aussah, entpuppt sich jedoch schnell als ein Kampf zwischen deutsch-österreichischen und amerikanischen Konzernen. Denn die in hohen Schulden steckende MOL hätte sich den Übernahmdeal gar nicht leisten können, wenn sie nicht von außen gesponsert worden wäre. Die amerikanischen J.Morgen-Bank hat ein kurzfristiges 300-Mio.-\$-Überbrückungspaket, für den ungarischen Käufer geschnürt. Später ist die Umwandlung dieser Verbindlichkeit in ein klassisches Darlehen vorgesehen. (Quelle: versch. Tagesztg.)

## Rumänische Ölindustrie expandiert nach Kasachstan

Die rumänische nationale Ölgesellschaft SNP Petrom sucht internationale Geldgeber, die ihr Vorhaben, stärker auf den Ölmarkt in Kasachstan aufzutreten, unterstützen. Bis Ende 2000 will Petrom eine Reihe neuer Ölfelder erschließen. Schon 1999 hat SNP die Ölfelder Aktas und Turkmenoy im Westen Kasachstans erworben und sich Kauf-Optionen auf das Jusali-Ölfeld verschafft. Der Generalmanager von SNP Ioan Popa verspricht hohe Profite aus den Ölfeldern Kasachstans. Natürlich ist die noch staatliche rumänische Ölindustrie nicht selbstständig in ihren Handlungen. Hinter SNP steht die Beraterfirma ABN AMRO-Rothschild, die die Aufgabe hat, die staatliche Ölindustrie Rumäniens zu privatisieren. Die Suche nach ausländischen Kapitalgebern soll ein erster Schritt in

diese Richtung sein. (Quelle: CEO)



## BMW nach Ungarn

Die Bayerische Motorenwerke AG erwägt nach dem Verkauf der Rover-Werke in Großbritannien Investitionen in Ungarn, bestätigte BMW-Vorstandsvorsitzender Joachim Milberg gegenüber der Presse. Es waren bereits früher Gespräche mit ungarischen Regierungsvertretern geführt worden. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán besuchte kürzlich Bayern, und im Rahmen dieses Besuches verhandelte der deutsche Automobilkonzern bei einem Geschäftsabendessen erneut über Investitionsmöglichkeiten. Orbán wurde auf seiner Reise von Finanzminister Zsigmond Járαι und Wirtschaftsminister György Matolcsy begleitet. Ungarn sei einer der möglichen Standorte für die Produktion der neuen Kleinwagen von BMW, so Milberg. Aufgrund der Gespräche mit den ungarischen Regierungsvertretern erscheint Tatabánya als der bisher geeignetste Standort für BMW. Die Stadt hat dem deutschen Autokonzern bereits Steuervergünstigungen für 2 Jahre in Aussicht gestellt. (Quelle: BZ)

## Auch Eier-Pohlmann geht nach Ungarn

Anton Pohlmann, in Deutschland wegen Verstöße gegen das Tierschutzgesetz verurteilt, will Ungarn erobern - mit groß angelegten Hühner-Farmen. Eine Großanlage im Komitat Tolna ist schon genehmigt worden. Dieses Vorhaben schlägt hohe Wellen und beschäftigt mittlerweile mehrere Ministerien - und auch den Zivilen Geheimdienst. János Martonyi, der ungarische Außenminister, wies in einem Brief an Landwirtschaftsminister József Torgyán darauf hin, dass die Agrarverhandlungen mit der Europäischen Union ungünstig beeinflusst würden, falls Pohlmann im Komitat Tolna seine Hühner-Farmen errichten könnte. Deshalb beantragte das Außenministerium, dass der Zivile Geheimdienst die Hintergründe dieses „undurchsichtigen Vorhabens“ überprüft. Die Großinvestition von Pohlmann wurde zunächst aus wirtschaftlichen Aspekten kritisiert: Sie gefährde die Existenz der ungarischen Eierproduzenten. Dann hat sich auch die Erkenntnis durchgesetzt: Die Tatsache, dass Pohlmann solch eine Produktionstechnologie nach Ungarn installieren will, die in der EU schon verboten ist, könnte das Ungarn im Ausland schwere Imageverluste bringen. Und gerade vor dem Beginn der Agrarverhandlungen wäre dies fatal. (Quelle: wtu)

Quellenangaben: CEO: Central Europe Online ([www.centraleurope.com](http://www.centraleurope.com)) - BZ: Budapest Zeitung ([www.budapester.hu](http://www.budapester.hu)) - Wtu: Wirtschaftsdienst Ungarn ([www.consultants.de/wtu/index.htm](http://www.consultants.de/wtu/index.htm))

Zusammenstellung: hav

Mit massiver Kritik an der rot-grünen Bundesregierung fanden 60 „Ostermärsche“ und Kundgebungen der Friedensbewegung statt. (Bild: Hamburg) Die inhaltlichen Schwerpunkte waren die Erinnerung an den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien, die Forderung nach einem Rüstungsexportverbot in die Türkei sowie die Ablehnung eines Waffendienstes für Frauen. Während in den vergangenen Jahren viele SPD-Unterbezirke und Grünen-Kreisverbände aktiv und demonstrativ die Ostermärsche unterstützt hatten, gehört solche Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung dieses Mal eher zu den Ausnahmen. Berichte dazu auf der Homepage der Friedenskooperative:



## VVN protestiert: Verfassungsschutzbericht ist „schlicht unwahr“

BERLIN. In einem Offenen Brief an Innenminister Schily schreibt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – VVN-BdA am 13. April u.a.: „Von Ihnen hätten wir eigentlich erwartet, dass Sie endlich Schluss machen mit der immer wiederkehrenden Diskriminierung der VVN-BdA in den Verfassungsschutzberichten. Aber auch Sie veröffentlichten jetzt Behauptungen über die VVN-BdA, die schlicht unwahr sind und viele Menschen, die – wie die älteren Mitglieder unserer Organisation – gegen den deutschen Faschismus gekämpft und unter ihm gelitten haben, tief kränken müssen. Die Lehre, die diese älteren Mitglieder – die Gründungsgeneration der VVN-BdA – aus dem Aufkommen des Faschismus gezogen haben, ist vor allem: Antifaschismus ist demokratisch oder er ist kein Antifaschismus. Er darf niemals die Demokratie gering achten. Der Hitler-Faschismus ist niemals nur eine andere Herrschaftsform des Kapitals. Faschismus und bürgerliche Demokratie sind nicht „gleichermaßen“ – wie Sie schreiben lassen – eine Herrschaftsform des Kapitalismus, der von Antifaschisten zu vordringlich zu bekämpfen sei. Der Faschismus ist zu bekämpfen. Über seine Beziehungen zum Kapitalismus bestehen unter Antifaschisten, auch unter Mitgliedern der VVN-BdA, verschiedene Auffassungen. Wir lassen uns dazu keine Einheitsmeinung aufzwingen, aber auch keine diesbezügliche Meinung verbieten, die auf den dominierenden Einfluss maßgebender Teile der wirtschaftlich Mächtigen auf die faschistischen Herrscher hinweist und die Nutznießerschaft von Banken und Konzernen an Unterdrückung und Krieg thematisiert ... Sie haben die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, über Rechtsextremismus und Rassismus und die daraus resultierenden Gewalttaten nicht hinwegzusehen, sondern sich dagegen zu engagieren. Das können wir

nur begrüßen. Ein solcher Aufruf wird jedoch unglaublich, wenn gleichzeitig jene Menschen, die das seit langem als ihre vordringliche Aufgabe sehen und fast täglich danach handeln, als Verfassungsgegner hingestellt werden.“

[www.vvn-bda.de/bund](http://www.vvn-bda.de/bund)

## Kinderklinik Jena wird umbenannt

JENA. Die Kinderklinik der Friedrich-Schiller-Universität Jena wird den Namen ihres früheren Direktors Jussuf Ibrahim wegen dessen Verstrickung in die nationalsozialistische Kindereuthanasie ablegen. Dies beschloss der Senat im April, nachdem eine im November eingesetzte Wissenschaftler-Kommission belastende Dokumente und Zeitzeugenberichte vorgelegt hatte. Danach sind insgesamt sieben Fälle schwerstgeschädigter Kinder bekannt, die zwischen 1941 und 1945 unter der Verantwortung des Arztes in ein Krankenhaus des benachbarten Ortes Stadtroda überwiesen und dort getötet wurden. *AFP, bz 19. April*

## Lichterkerze nach Brandanschlag

DORFEN. Fünf Tage nach dem Brandanschlag auf ein Sozialheim in der 13.000 Einwohner-Gemeinde Dorfen (Landkreis Erding) haben am 20. April fast 1000 Menschen bei einer Lichterkette ihre Solidarität mit den Opfern bekundet.



In dem Heim leben 19 Sozialhilfeempfänger und Menschen ohne deutschen Pass. Nur weil zwei von ihnen in der Nacht das Feuer sofort entdeckten und löschten, ist nichts Schlimmeres passiert. Acht Jugendliche, teilweise aus der Nazi-Szene, sind inzwischen inhaftiert. „Wenn wir noch einmal pennen, können wirklich Menschen brennen“, lautete ein Transparent auf der Demonstration. Franz Müller von der „Weißen Rose“ rief zu mehr Zivilcourage auf. *tz, sz 22. April*

## Tagung mit kurdischen Flüchtlingen

STUTTGART. „Wir wollen uns nicht abschieben lassen. Flüchtlinge schützen. Abschiebungen verhindern“, unter diesem Motto führte das Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften und die Gruppe „Kein Mensch ist illegal“ am 7. April einen Kongress mit kurdischen Flüchtlingen durch. Unterstützerinnen und Unterstützer aus zehn Städten Baden-Württembergs diskutierten im Abschlussplenum (etwa 50 Menschen) mit den Flüchtlingen die Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen. Fazit: Die ehemals landesweit vernetzten Gruppen gegen Rassismus und Abschiebung haben sich in einzelne Initiativen aufgelöst, die jetzt aus eigener Kraft nur schwer als politische Kraft wirksam werden können. Mitte Mai soll ein Treffen stattfinden zur Bildung einer landesweiten Organisation der Initiativen. Diese soll auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit nach wie vor sehr breit vorhandenen kirchlichen Asylgruppen ausloten. *heb*

## Weg mit dem rechten Sound-Dreck!

KÖLN. Von Ende April bis Juli finden in Köln mehrere Veranstaltungen zum Thema „Rechtsrock“ statt. Organisiert von der Kölner Antifa K gibt es Hintergrundinformationen und Diskussionen. Während der Kampagne werden zahlreiche Aktionen zu Nazi-Bands und -Versandhandel in der Region stattfinden. Geplant ist auch eine Demonstration ge-

gen die Drahtzieher des braunen Musikgeschäfts. In dem Kampagnen-Aufruf heißt es u.a. „Lieder dieser Richtung werden inzwischen in Auflagen von bis zu 10000 Stück produziert, Vertriebe von rechtsradikaler Musik, natürlich mit dazugehörigem Krimskrams wie T-Shirts, Gürtelschnallen und Aschenbecher, haben Umsätze in Millionenhöhe. Augenscheinlich wird die gewachsene Bedeutung rassistischer Musik für die Szene auch an dem internationalen Neonazi-Netzwerk „Blood'n Honour“. Von ihnen verdeckt organisierte Nazi-Konzerte finden mit bis zu 2000 Teilnehmern statt. In fast jedem europäischen Land gibt es mittlerweile eigene Gruppen. Die Mitglieder entstammen den verschiedensten rechten Vereinigungen und Kameradschaften, dabei dient das „musikalische Netzwerk“ als länderübergreifende Organisation im Hintergrund. Doch auch Parteien wie die NPD profitieren vom Geschäft und machen ihren Einfluss geltend.“ Weitere Informationen zur Kampagne: [www.is-koeln.de/antifakoeln](http://www.is-koeln.de/antifakoeln)

## Das Ruhrgebiet stellt sich quer – Kein NPD-Aufmarsch am 6. Mai

ESSEN. Für den 6. Mai ruft die NPD zu einer Demonstration nach Essen auf. Das „Bündnis gegen Rechts“ hat bereits ein erstes Flugblatt herausgegeben und sucht derzeit weitere Unterstützer; die Gegenaktivitäten werden breit angelegt und sollen möglichst viele gesellschaftliche Kräfte umfassen. Der NPD-Aufruf hat ausgerechnet die Überschrift „Gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau“. Das ist pure Sozialdemagogie, die als Vehikel zur Verbreitung rassistischer Positionen dient („Arbeitsplätze für Deutsche“). Entsprechend wendet sich die NPD gegen „internationalistische Konzerne“ – das RWE und Thyssen-Krupp sind also anscheinend kein Problem – und gegen „Überfremdung“. Dass sie das Thema „Greencard“ aufwirft und der CDU lediglich vorwirft, sie meine es nicht ernst, kann angesichts der Vorlage von CDU-Spitzenkandidat Rüttgers nicht verwundern. Um bereits im Vorfeld zu versuchen, den Aufmarsch zu verhindern, will das „Bündnis gegen Rechts“ mehrere Kundgebungen und Demonstrationen anmelden. *Lokalberichte Essen*



## Neonazi in Erfurt verhaftet

ERFURT. Nach dem Anschlag auf die Erfurter Synagoge wurde ein erster Tatverdächtiger festgenommen. Fingerabdrücke auf dem „Bekennerschreiben“ seien mit denen des Verhafteten identisch, erklärte die Polizei. Der 18-Jährige, der dem rechtsextremen „Bund Deutscher Patrioten“ angehört, sei schon einschlägig vorbestraft. Am Donnerstag vor Ostern war auf die Synagoge ein Brandanschlag verübt worden, der wie die Staatsanwaltschaft und das Landeskriminalamt anfänglich meinten, von Kräften aus der linksextremen Szene verübt worden sei, um einen rechtsextremen Anschlag vorzutauschen. *abe*

## Fachtagung am 17./18. Juni in Münster: Städte nehmen Deserteure auf

MÜNSTER. In der Einladung von Connection e.V. heißt es: „Mit dem Baseler Appell wurden 1995 Kommunen in ganz Europa aufgefordert, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien aufzunehmen. Es entstanden daraufhin in Deutschland Initiativen, die bei ihren Kommunen Bürgerbegehren einreichten. Einige Städte, wie z.B. München, Bremen, Erfurt und Jena, fassten schließlich entsprechende Beschlüsse. Es stellte sich allerdings schnell heraus, dass damit kein Deserteur oder Kriegsdienstverweigerer wirklich vor der Abschiebung geschützt werden konnte. Die Ausländerbehörden verwiesen auf die bundesrechtliche Regelung und die Weisungsgebundenheit durch die Innenministerien. Aufgrund dieser Erfahrungen versuchte das „Bündnis 8. Mai“ in Münster einen anderen Weg zu gehen. Dieser wendet sich zwar an Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus allen Kriegsgebieten, allerdings müssen sie sich bei Einladung durch die Stadt noch im Ausland befinden. Zugleich sollte die Stadt für die Kosten des Aufenthalts aufkommen. Dieses Verfahren schien praktisch umsetzbar zu sein, da es mit den Regelungen des Ausländergesetzes korrespondiert. Schließlich kam die Stadt Münster dem Bürgerantrag nach. Weitere ähnlich lautende Beschlüsse gibt es inzwischen aus Osnabrück, Bonn, Freiburg, Rostock und Göttingen. Tatsächlich gelang es im Herbst 1999, zwei Kriegsdienstverweigerer aus der Bundesrepublik Jugoslawien nach Münster einzuladen. Sie haben derzeit eine Aufenthaltsbefugnis. Damit hatte die Stadt Münster ein politisches Signal gesetzt.“

Geplanter Ablauf: Am 17. Juni (Beginn 11 Uhr) werden u.a. Milan O. und Zoran P. über ihre Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Jugoslawien, ihre Flucht nach Deutschland und die ersten Erfahrungen in Münster berichten. Rudi Friedrich von Connection e.V. wird an verschiedenen Beispielen auf die Situation von Deserteuren und Kriegsdienst-

verweigerern in der Türkei und BR Jugoslawien eingehen, weitere Beiträge behandeln die rechtliche Situation. Am 18. Juni (9 Uhr) berichtet Dr. Wolfgang Menzel, Freiburg, von Städtetagsbeschlüssen und fasst bisherige Erfahrungen zusammen. Danach offene Diskussionsrunde.

Aus den Themen geht nicht hervor, wie die Veranstalter die beiden folgenden Probleme einordnen: 1. Desertion ist in Deutschland strafbar und gerade jetzt stehen viele vor Gericht wegen Aufruf zur Desertion. 2. Deutschland ist Kriegspartei im Angriffskrieg gegen Jugoslawien, hat also Interesse an der Zersetzung der jugoslawischen Armee, z.B. durch Desertion und Verweigerung. Wollen und können die Bürgeranträge diese deutsche militaristische Politik durchbrechen?

Tagungsort: Franz-Hitze-Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster. Anmeldung: Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel.-Nr. 069-82 37 55 34, Fax: 82 37 55 35. E-mail: [Connection.eV@t-online.de](mailto:Connection.eV@t-online.de). [www.dfg-vk.de/aktionen/ver067.htm](http://www.dfg-vk.de/aktionen/ver067.htm) *ba*

## FREIE HEIDE – 60. Protestmarsch

NEURUPPIN. Seit acht Jahren ruft eine Bürgerinitiative zum Protest gegen die Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide (Wittstocker Heide) als Bombodrom der Bundeswehr auf. Tornadobomberpiloten wollen hier ihre Übungsbomben abwerfen. Schon vor 1989 diente die Heide der sowjetischen Armee als Übungsgelände. Die FREIE HEIDE kämpft um das 142 Quadratkilometer große Gebiet, um es den anliegenden Gemeinden zu übereignen, die es als Erholungs- und Touristengebiet nutzen könnten. Heute Bundesverteidigungsminister, gestern Wahlversprecher, Rudolf Scharping, hatte 1994 als Kanzlerkandidat in der Heide erklärt: „Dieser Bombenabwurfplatz ist unnötig! Wenn die SPD regiert, wird das hier nicht mehr Truppenübungsplatz sein.“ Diesmal jedoch war Scharping nicht mit von der Partei. Der Kampf um die zivile Nutzung der Heide geht allerdings auch mit einer SPD-Regierung weiter. Noch nichts ist gelöst, und so richten sich die Proteste der Teilnehmer des Jahres 2000 vor allem gegen die Außen- und Militärpolitik der Bundesregierung. Pfarrer Benedikt Schirge, Sprecher der Bürgerinitiative, erklärte vor den Versammelten, darunter Vertreter der PDS und Grünen, dass Scharping sich für den 5. Juni diesen Jahres nichts vornehmen solle. Denn an diesem Tage gedenkt die Initiative, ihn in Berlin zu besuchen und an sein Versprechen zu erinnern. Mit einem Fußmarsch von Neuruppin über Schwante und Berlin-Spandau will die Bürgerinitiative nachhaltig auf ihre Forderungen aufmerksam machen. Christian Ströbele, MdB/Grüne, erklärte, dass es „ein verhängnisvoller Irrtum gewesen sei, 1998 nach dem Wahlsieg der SPD und Bündnisgrünen zu glauben, dass Rot-Grün Ostermärsche sich erübrigen.“ *abe*

**A**us einer Vielzahl von Berichten in den kleinen linken Lokalzeitungen, auf die sich die Berichterstattung der Politischen Berichte stützt, kristallisiert der Kampf um Produktionsbedingungen und Verteilung/Zuteilung öffentlicher Güter als prägendes Element der politischen Kämpfe in den Kommunen und Regionen heraus. Wir haben vier Beiträge zusammengestellt, die auf verschiedene Seiten der verwickelten Konflikte abheben, sowie einen Bericht vom Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar, der Handlungsmöglichkeiten erörtert.

**München, Tarifflucht.** Die Gewährlei-

stung des Nahverkehrs durch die Gemeinde führte, so wie in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes auch, zu einer großen Konzentration von Beschäftigten, die gute Möglichkeiten für die gewerkschaftliche Organisation bietet. So konnte es der ÖTV gelingen, eine angemessenere Bezahlung für schwere, belastende Arbeiten durchzusetzen; auch die „soziale Verantwortung“ der „öffentlichen Hand als Arbeitgeber“ hat dabei eine gewisse Rolle gespielt. Je mehr die Öffentliche Hand nur als Auftraggeber auftritt, um so schwächer wirkt die Verantwortung. Je mehr die Einrichtungen zergliedert werden, um so schwerer hat es die Gewerkschaft. Längst ist z.B. die

Ausgliederung der Reinigungsdienste aus dem Tarif in den meisten öffentlichen Einrichtungen Tatsache. Aber mit dem Angriff auf die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe trifft man auf oft hoch organisierte, der Sache nach äußerst wirkungsvoll streikfähige Belegschaften.

**Mannheim, Ausgrenzung.** Die Gestaltung der Städte erzwingt die Teilnahme am öffentlichen Personennahverkehr. Der Personennahverkehr wird mischfinanziert, teils wie ein öffentliches Gut durch die Steuer, teils wie ein Marktgut durch Preise. Wer nicht zahlen kann, wird von der Teilnahme ausgeschlossen. Der in vielen Städten übliche „Sozialpass“ anerkennt,

# Heiß umkämpft: Öffentliche Güter

Aus dem Münchner Rat

## Mutter-Tochter-Modell für niedrigere Bezahlung des Personals

Am 9. Februar fand ein Expertenhearing des Münchner Stadtrates zur Neustrukturierung der städtischen Verkehrsbetriebe statt. Unter der Schlagzeile „Mutter-Tochter-Modell ermöglicht niedrigere Fahrerlöhne – Erste Erfahrungen liegen vor“ stellt der Bayerische Städtetag in seinem jüngsten Informationsbrief das auf diesem Hearing vorgestellte Konzept vor. Darin ist der Dreh- und Angelpunkt die Frage, wie kann das Lohnniveau bei den städtischen Betrieben auf das

Niveau der privaten Unternehmen gedrückt werden. Hier liegt ein Lohngefälle je nach Tarifvertrag zwischen 30 und 50 Prozent vor. Für die ÖTV stellt sich hier auch die Frage, ob die Erfolge in der Tarifpolitik nun durch einen Federstrich beseitigt werden.

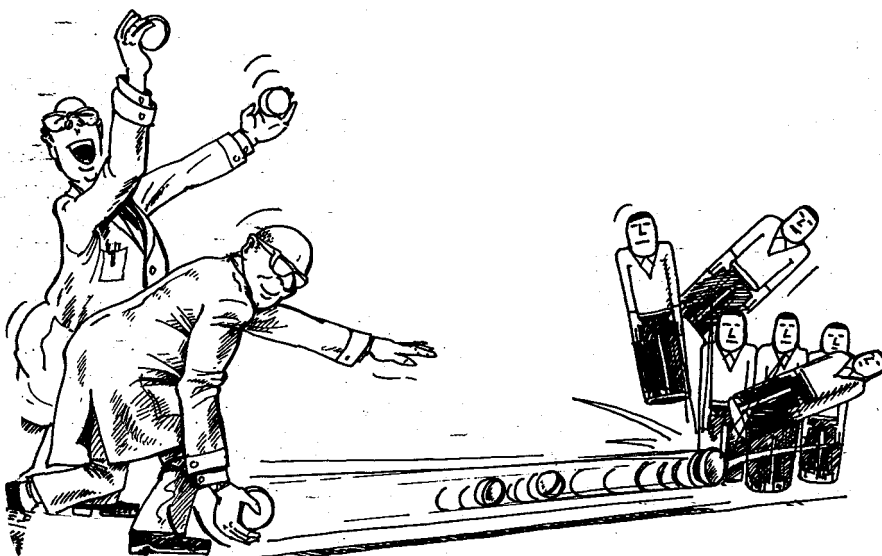
Aus der Sicht der Geschäftsführung der Münchner Stadtwerke GmbH ergibt sich aus diesem Lohngefälle zu den privaten Unternehmen ein Wettbewerbsnachteil, wenn billigere Anbieter das Recht erhalten, ihre Dienstleistungen in München anzubieten. Drastisch formuliert stellt sich für die Geschäftsführung sogar die Frage, ob die Stadtwerke überhaupt überleben können, wenn sie sich nicht den neuen Bedingungen anpassen, die „der Markt diktiert“.

Um dieses Problem zu bewältigen, bietet sich nun eine Neuorganisation nach dem sog. Mutter-Tochter-Modell an. Das städtische Verkehrsunternehmen gründet eine Tochtergesellschaft, die den öffentlichen Personennahverkehr betreibt. Die Streckeninfrastruktur (z.B. Gleise) und das bisherige Fahrpersonal verbleiben bei der Stadtwerke-Mutter, während das operative Geschäft auf die Tochter ausgelagert werde. So könne die Tochter neue Lohntarifverträge mit niedrigerer Bezahlung für das neu eingestellte Fahrpersonal abschließen. Das alte Personal leihe die Werkemutter zu niedrigeren Preisen an das Tochterunternehmen aus. Die Differenz werde aus dem Stadsäckel bezahlt. Diese Konzeption erinnert irgendwie schon an Praktiken, wie sie in der Privatwirtschaft mit Outsourcen und Leiharbeitsfirmen schon lange betrieben wird. Nur mit dem Unterschied, dass das „alte Personal“ seinen Besitzstand angeblich sichern könne, indem aus dem „Stadsäckel“ die Differenz bezahlt werde. Ob solch eine Konstruktion dem strengen Blick der Wettbewerbswächter Stand halten wird, steht auf einem anderen Blatt.

Beim Hearing zeigten die Chefs der Hamburger Hochbahn und der Berliner Verkehrsbetriebe – nach diesem Bericht im Informationsbrief des Städtetages – eindrucksvoll auf, dass sie diesen Weg bereits erfolgreich eingeschlagen haben. Hamburg habe sich für die Neustrukturierung fünf Jahre Zeit gegeben. Danach werden die Busfahrer ca. 6.000 Mark jährlich weniger in ihrer Lohntüte vorfinden. Zugleich würden die Wochenstunden von 37 auf 39 erhöht.

Die Berliner Verkehrsbetriebe wollen im Jahr 2007 wettbewerbsfähig sein. Die Fahrer bei der neugegründeten Fahrdienst-Tochter müssten 192 Arbeitsstunden pro Monat bei einem Einstiegslohn von 16,43 Mark arbeiten. Für den Wechsel von den Verkehrsbetrieben zur Tochter würden Abfindungen von rund 100.000 Mark pro Person gezahlt.

Während der Chef der Münchner Verkehrsbetriebe keine Alternative zu diesem Konzept sieht, gibt es nur Kritik an



dass ein solcher Ausschluss Qualität und Chancen des Lebens einschneidend beeinträchtigt. Die Pläne zur Abschaffung nehmen dem ÖPNV ein Stück mehr den öffentlichen Charakter und stoßen die Zahlungsunfähigen aus der Öffentlichkeit.

**Hochschulen, soziale Selektion.** Der freie Zugang zu den Bildungseinrichtungen ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie, hier schneiden sich politische Rechte mit sozialen. Wird – zusätzlich zu den Diskriminierungen, die durch den Familienhintergrund gegeben sind – direkte Zahlung von Gebühren durchgesetzt, wird die Hochschule und ihre Ausgestal-

tung entpolitisiert, ihre Gestaltung wird zur Privatsache zwischen den zahlungsfähigen/willigen Nachfragern und Anbietern. Faktisch wird dadurch die Ausnutzung dieser Einrichtungen durch Menschen mit Hintergrund begünstigt, besonders unverschämt ist, dass im Verhältnis zu den Gesamtkosten, die nach wie vor die Öffentlichkeit trägt, ganz kleine Summen genügen, um viele auszuschliessen.

**Kiel, Ausverkauf.** Das öffentliche Eigentum ermöglicht den Kommunen, gestaltend in das Wirtschaftsleben einzugreifen. So durch die Grundstückswirtschaft, so aber auch durch die Preisgestaltung

der Energieversorgung. Dazukommt, dass den städtischen Haushalte eine Mischkalkulation ermöglicht wird: Erlösstarke Sektoren subventionieren erlösschwache. Erlösstarke Sektoren eignen sich vorzüglich zur Privatisierung, aber die Haushaltssanierung, die durch solche Veräußerungen – vielleicht – erzielt wird, opfert strategische Interessen, die Entwicklung einer auf Nachhaltigkeit angelegten Infrastruktur bleibt auf der Strecke.

**Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar:** YELLOW-Strom und die Folgen für Arbeitsplätze, Umwelt und die Stadt. maf

diesen „eindrucksvollen“ Plänen aus den Reihen der ÖTV. So warnte der bayerische ÖTV-Vorsitzende Wendt vor einer Zweiklassengesellschaft, die nicht gut sei für das Betriebsklima und die Motivation in diesem Unternehmen. *dil*

#### Unterschriftensammlung

## Arbeitsloseninitiative Mannheim setzt sich für Sozialpass ein

In den Haushaltsberatungen der Stadt Mannheim wurde auf Antrag der Mannheimer CDU beschlossen, den Sozialpass abzuschaffen und durch einen sogenannten Familienpass zu ersetzen. Die Arbeitsloseninitiative führt dagegen vom 26. April bis 8. Mai eine Unterschriftensammlung an Infoständen durch.

Eine der wichtigsten Regelungen für Betroffene waren die Ermäßigungen im öffentlichen Personennahverkehr: Sozialpassberechtigte erhielten einen um 50 % vergünstigten Monatsfahrchein für das Stadtgebiet Mannheim. Erste spürbare Folge des mit CDU-Mehrheit durchgepeitschten Beschlusses war die Abschaffung dieses ermäßigten Monatstickets. Ab 1. Mai sollen Sozialpassberechtigte den vollen Preis in Höhe von 76.- DM zahlen, der demnächst wahrscheinlich auf 79.- DM erhöht werden wird.

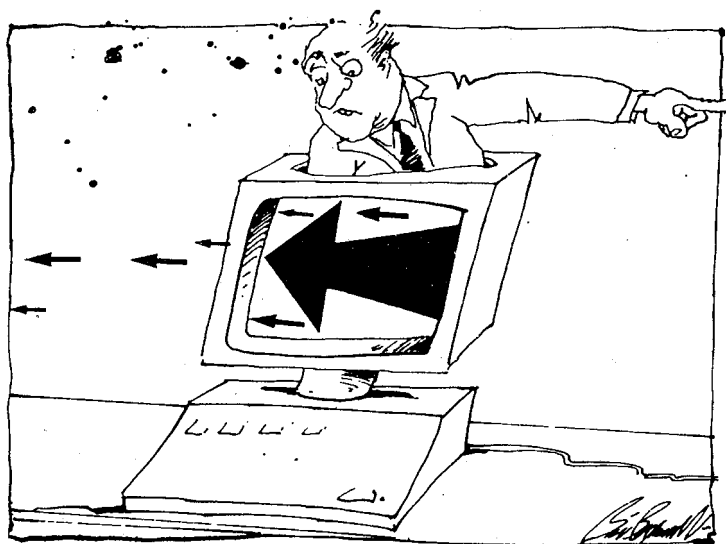
Bereits der bisher zu entrichtende ermäßigte Preis von 38.- DM konnte von vielen Bedürftigen gar nicht aufgebracht werden. Sozialhilfebezieher erhalten einen Regelsatz von momentan 548.- DM im Monat, der darin enthaltene „Fahrtkostenanteil“ ist so gering, dass nur ein Bruchteil davon für ein Monatsticket ausgegeben werden kann – wenn überhaupt. Allein durch die Nichtanpassung der Regel-

sätze der Sozialhilfe an die Teuerungsrate besteht ein Nachhol-, sprich Erhöhungsbedarf der Sozialhilferegelsätze um knapp 20 Prozent. Anders ausgedrückt: Das heutige Niveau der Sozialhilfe liegt unterhalb des lebensnotwendigen Bedarfs und schützt nicht mehr vor Armut.

Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung ermäßigter Tickets im öffentlichen Verkehr sowie des Ausbaus der bisherigen Sozialpassregelung (mit Einführung einer Einkommensgrenze) wird in Mannheim von niemandem außer der CDU bestritten. Die Begründungen liegen auf dem Tisch und können von jedem bei der Sozialberatung erfragt werden, da die Armut weiter zunimmt und immer mehr Personen unterhalb eines menschenwürdigen Existenzminimums leben müssen. Die Alternative der CDU an die Armen lautet: Geht doch Betteln oder fahrt schwarz. Ein Schritt in Richtung Kriminalisierung der Armutsbevölkerung.

Die Arbeitsloseninitiative und andere fordern deshalb auf ihrer Unterschriftenliste:

Beibehaltung ermäßigter Monatsfahrcheine und Wiedereinführung vergünstigter Einzelfahrcheine für alle einkommensschwachen Haushalte. *RL Kommunal-Info Mannheim Nr. 8*



Aus dem Kieler Rat

## Das Sahnestück wird aufgeteilt

Natürlich findet alles hinter verschlossenen Türen statt. Denn wenn es um viel Geld für einen Teilverkauf der Stadtwerke geht, dann ist demokratische Beteiligung lästig. Über 20 Angebote soll die Stadt erhalten haben, nachdem der Rat im letzten Jahr einen Grundsatzbeschluss zum Teilverkauf der Stadtwerke getroffen hatte. Nun sind noch sechs im Rennen, mit denen die Stadt in engere Verhandlungen tritt. Das teilte Bürgermeisterin Annegret Bommelmann vorletzte Woche mit.

Weitere Einzelheiten sind natürlich geheim. Trotzdem macht die Verwaltung Druck. Noch vor der Sommerpause soll der Rat einen Verkauf durchnicken.

Die sechs Kaufinteressenten sind z.T. vielfach miteinander vernetzt. Die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) gehören zu den Atomstromern unter den Kaufinteressenten und waren selbst einmal mehrheitlich in kommunaler Hand. Aber im November 99 hatte die Stadt Hamburg 25,1% Sperrminorität an den schwedischen Energieversorger Vattenfall verkauft. Weitere Beteiligungen halten die PreussenElektra

(15,4%) und der schwedische Atomstromer Sydkraft AB (21,8%). Sydkraft AB selbst ist ebenfalls in der engeren Wahl. Nach Vattenfall ist die Sydkraft der zweitgrößte Stromlieferant Schwedens und gehört zu 20,6% der PreussenElektra. Ein weiteres (ehemals) städtisches Stromunternehmen, das bei den Kieler Stadtwerken einsteigen will, ist die Berliner Bewag. Ihre Aktionäre heißen wiederum PreussenElektra (23%) und Bayernwerk (26%) – die im Rahmen der VIAG-VEBA-Fusion gerade dabei sind zu verschmelzen. Weitere 26% hält

## Aufruf zu bundesweiten Demonstrationen am 7. Juni 2000 in Berlin, Köln, Stuttgart

Die Einführung von Studiengebühren steht auf der politischen Tagesordnung. Einzelne Bundesländer verfahren bereits nach dem Prinzip der Salami-taktik. So gibt es Rückmelde- und Einschreibegebühren in Niedersachsen und Berlin, „Strafgebühren“ für so genannte LangzeitstudentInnen in Baden-Württemberg, Zweitstudiumsgebühren in Bayern und Sachsen. Auch BildungspolitikerInnen, die Studiengebühren vorerst noch ablehnen, wollen den Geltungsbereich eines gebührenfreien Hochschulstudiums immer weiter einschränken. Nach 30 Jahren droht damit eine der zentralen sozialstaatlichen Errungenschaften der Bildungsreform beeinträchtigt zu werden.

Die damals politisch durchgesetzte Gebührenfreiheit des Studiums ist kein Gnadenakt. Sie ist Ausdruck dessen, dass Bildung als öffentliches Gut und individueller Rechtsanspruch grundsätzlich allen – ungeachtet von sozialer Herkunft und privater Kaufkraft – zugänglich sein muss.

Wer Studiengebühren befürwortet, hält Bildung für eine Ware, für die bezahlt werden muss. Dies scheint in Mode zu kommen. Unternehmensverbände wie PolitikerInnen treten mit dieser Argumentation vehement für Studiengebühren ein. Die Hochschulen werden gleichzeitig nach Muster gewerblicher Unternehmen umgestaltet, das heißt: Selbstverwaltung und Mitbestimmung werden zugunsten autoritärer Kommandostrukturen abgebaut. „Markteffizienz“ tritt an die Stelle gesellschaftlicher Verantwortung, das Leitbild des „Kunden“ ersetzt das des politisch beteiligten Bürgers.

In diesem Sinne sind Studiengebühren Bestandteil neoliberaler Politik. Deren Ziel ist es, gesellschaftliche Aufgaben zu privatisieren – und neben Bildung und Ausbildung auch die Risiken von Beschäftigung, Gesundheit und Altersvorsorge auf die Einzelnen abzuwälzen.

Der Kampf gegen Studiengebühren betrifft deswegen nicht nur die Studierenden. Er steht gleichzeitig für vieles andere. Stets ging und geht es auch darum, gemeinsam solidarische Lösungen für alle in Bildung und Ausbildung Ste-

henden zu erreichen: SchülerInnen, Auszubildende, StudentInnen. Studiengebühren gilt es genau so zu bekämpfen wie Berufsbildung auf privatfinanzierter Basis, seien es die Ausbildung von LogopädiInnen, ErzieherInnen, AltenpflegerInnen oder MeisterInnen.

Das Hochschulsystem, seit Jahrzehnten politisch bewußt unterfinanziert, steht vor einer Vielzahl von Problemen. Studiengebühren lösen davon kein einziges, sondern verschärfen alle. Insbesondere zementieren sie die bedenkliche Tendenz, daß nur noch die hohen sozialen Einkommensgruppen die Hochschulen besuchen können.

Die Studierenden an den bundesdeutschen Hochschulen haben in der ABS-Unterschriftenaktion 1999/00 zu Hunderttausenden ihre eindeutige Ablehnung von Studiengebühren in jeder Form zum Ausdruck gebracht!

Es geht um die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems. Es geht um seine Verteidigung als öffentlichen

Raum. Es geht gegen die Unterordnung von Bildung und Wissen unter eine betriebswirtschaftliche Ideologie.

### Wir gehen auf die Straße

- Für eine bundeseinheitliche Studiengebührenfreiheit ohne Wenn und Aber!
- Für ein öffent-

liches, durchlässiges und solidarisches Bildungssystem!

- Für einen uneingeschränkten Hochschulzugang!
- Für eine Gleichbehandlung beruflicher und akademischer (Aus)Bildung!
- Für die grundsätzliche individuelle Kostenfreiheit aller weiterführenden Bildungswege, die dem Erwerb, dem Erhalt und der Erweiterung einer berufsbefähigenden Qualifikation dienen!
- Für die Einbeziehung von z.Z. privat zu finanzierenden Ausbildungswegen in das System dualer Berufsausbildung!

### Voraussichtliche Termine

Berlin: 14.30, Alexanderplatz

Köln: 13 Uhr, Neumarkt

Stuttgart: 13 Uhr, Uni, Keplerstr.

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS),  
Reuterstr. 44, 53113 Bonn  
Tel. 0228/2 42 78 36, Fax: 0228/21 49 24  
[www.pbjacon.de/studierende-abs/](http://www.pbjacon.de/studierende-abs/)



der US-Konzern Southern Energy. Auch aus den USA kommen zwei weitere Kaufinteressenten, die „global player“ Ciner-gy Global Power aus Cincinnati und Texas Utilitys (TXU), auf Platz 10 der weltweit größten Energieversorger. Als letzter im Bunde der sechs in der engeren Wahl steht die Rendsburger Schleswig, die zu 65,3% der PreussenElektra gehört. Als Versorger von 700.000 Haushalten in Schleswig-Holstein sieht sich die Schleswig als „natürlicher Partner“ der Kieler Stadtwerke.

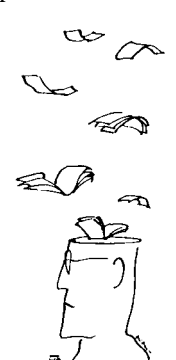
Mit der PreussenElektra als Halterin von beachtlichen Anteilen der meisten Bewerber hätte man einen der größten Atomstromer im Boot, einen der widerständigsten, was den Ausstieg aus der Kernenergienutzung betrifft, dazu. Das scheint aber für die Verkaufsverhandlungen kein Hindernis. Die Stadt schaut eher auf die Liste, die der Rat als Bedingung für einen Verkauf gestellt hatte, worin u.a. steht, dass die Deckung der Verluste der KVAG aus dem Überschuss, den die Stadtwerke erwirtschaften, nicht gefährdet werden darf.

„Entsetzt“ darüber, „wie die Selbstverwaltung hier Fakten geschaffen hat“, zeigte sich der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Hans-Werner Tovar. Tovar kritisierte, dass die Kriterien für die Auswahl der sechs Bewerber aus den ursprünglichen 20 nicht offengelegt würden. Damit würden Fakten geschaffen, „über die man nicht mehr hinwegkommt“. Mit „großer Skepsis“ beurteilte Tovar auch, dass bei vier der verbliebenen Bewerber die PreussenElektra beteiligt ist. Wurde da gekungelt? „Unter den jetzigen Rahmenbedingungen“ sieht sich Tovar jedenfalls „nicht im Stande, eine Entscheidung für den Verkauf zu treffen“.

Die Fraktionen von CDU und SUK reagierten weniger skeptisch, wenngleich CDU-Chef Arne Wulff verlangte, der Rat müsse „jeden einzelnen Schritt dieses Verfahrens schlüssig nachvollziehen können“. SUK-Fraktionschef Wolfgang Kotte jubelte, der Stadtwerke-Teilverkauf sei eine „fast schon historische Transaktion“. Ferner werde der Verkauf das Haushaltsdefizit deutlich verringern.

Und Letzteres ist der eigentliche Beweggrund für den Verkauf, auch wenn Gansel und seine Verwaltung dies immer wieder bestreiten. Ob sie der Versuchung widerstehen können, das Sahnestück an den Meistbietenden zu verticken, um den Haushalt maximal zu sanieren, denn ein anderes Ziel hat Gansels „Politik“ nie gehabt, bleibt abzuwarten. jm

LinX – Sozialistische Zeitung für Kiel, April 2000





## YELLOW-Strom und die Folgen für Arbeitsplätze, Umwelt und die Stadt

Unter diesem Titel fand am 24. März eine interessante Veranstaltung des Zukunftsforums Gewerkschaften statt. Unter der Moderation von Yvette Bödecker diskutierten der Betriebsratsvorsitzende des GKM, Uwe Altig, Joachim Schubert, Betriebsratsmitglied bei ABB Alstom Power und Prof. Dr. Peter Hennicke vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie, sowie zahlreiche Anwesende aus dem Publikum.

### Kahlschlag im GKM ...

1200 Arbeitsplätze gab es noch 1996 beim Großkraftwerk Mannheim (GKM), 900 waren es am 31.12.99, 550 sollen es demnächst sein. So steht es in der Vereinbarung, die auch der Betriebsrat mitträgt. Die Planung des Vorstandes sah eine Reduzierung auf 350 Beschäftigte und die Beendigung der Ausbildung vor. Dies konnte der Betriebsrat abwenden, demes jedoch nicht gelang, der Logik des schlagartig liberalisierten Strommarktes grundsätzlich etwas entgegenzusetzen. „Die ‚Marktpreise‘ sind in Wirklichkeit Kampfpreise“, stellte Uwe Altig fest. Ziel seien Marktvereinbarungen mit dem Ergebnis, dass am Ende der Konkurrenzschlacht nur noch drei bis vier Riesenkonzerne übrig bleiben. Enttäuscht zeigte sich Altig über die rot-grüne Bundesregierung, die es entgegen ihren Versprechungen unterlassen habe, das Strommarktilberalisierungsgesetz zu entschärfen, z.B. durch die Einführung von Übergangsregelungen.

### ... und bei ABB

Trifft den Mannheimer Arbeitsmarkt die Reduzierung der GKM-Belegschaft schon hart genug, so verschärft sich die Situation durch die Entwicklung beim Kraftwerksbauer ABB. Dort gehen die Geschäfte aufgrund der Strommarktilberalisierung schlecht, wie Joachim Schubert berichtete. Ein Grund ist der inzwischen wirksame gesetzliche Zwang zu Ausschreibungen, der den Konkurrenzkampf schürt, Extraprofite abschmilzt und auch die „normalen“ Profite angreift. Gegenwärtig seien Preisnachlässe von 10% pro Jahr auf der Tagesordnung. Insbesondere fallen der entbrannten Konkurrenzschlacht die teuren Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) zum Opfer, die nun deutlich weniger geordert werden, sodass auch die Produktinnovation auf diesem Gebiet ausgebremst wird. Die Stomerzeuger verzichten angesichts der französischen Atomstrom- und auch der russischen Billigimporte auf Neubauten; stattdessen

**Sparen bei Migranten:** Köln. Von der angeblich stärkeren Förderung von Jugendprojekten, die von der CDU als Ausgleich für den Wegfall des Köln-Pass versprochen wurden, merken Projekte für ausländische Jugendliche nichts. Im Gegenteil wird hier kräftig gespart: Durch den Wegfall von ABM-Stellen müssen Vorhaben eingeschränkt werden oder sind sogar ganz gefährdet. So muß das Jugendprojekt der Griechischen Gemeinde aufgegeben werden, dem Deutsch-Türkischen Verein wurden vier von sechs Stellen gestrichen, die Jugendarbeit muß beschnitten werden. Beim Jugendladen in Köln-Nippes wurden drei Stellen gestrichen. Das Wochenendangebot des Arbeitskreises für deutsche und ausländische Arbeitnehmer verliert zwei Stellen, der Kölner Appell büßt fünf Stellen ein. Der Solidaritätsbund in Porz muß nach der Streichung von zwei Stellen die Jugendarbeit streichen. Das Theaterprojekt Kocer e.V. ist gefährdet.

**Bürgerbegehren unzulässig:** Hamburg. Der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Nord, Frommann (SPD), hat das „Bürgerbegehren gegen Bauwagenplätze im Bezirk Nord“ für unzulässig erklärt. Da sich das Bürgerbegehren generell gegen die Einrichtung von Bauwagenplätzen richte, sei es „gesetzeswidrig“. Das von der Bürgerschaft im Sommer verabschiedete Wohnwagengesetz verpflichte die Bezirke vielmehr ausdrücklich, bei Bedarf geeignete Plätze zur Verfügung zu stellen. Der Verwaltung würde somit bei der Einzelfallprüfung „jeglicher Ermessensspielraum genommen“. Laut Frommann ist aber ohnehin kein neuer Bauwagenplatz in Nord geplant.

**Soziale Stadt 2000:** Bielefeld. In Bielefeld haben sechs Verbände und Institutionen erstmals den Wettbewerb „Soziale Stadt 2000“ ausgerufen. Prämiert werden sollen vorbildliche Projekte des Städte- und Wohnungsbaus, die dazu dienen, in städtischen Wohnvierteln soziale Probleme zu vermeiden und das Zusammenleben zu fördern. Der Preis „Soziale Stadt 2000“ würdigt ganzheitliche Stadtentwicklungskonzepte. Teilnehmen können Initiatoren von Projekten, bei denen Maßnahmen, Gelder und Akteure effizient und kooperativ zusammen wirken, um in gefährdeten Quartieren in den Bereichen Wohnen, lokale Wirtschaft, Kultur und Freizeit sowie Versorgung, soziale Betreuung und Ökologie Verbesserungen zu erreichen. Der Wettbewerb spricht neben Städten, Wohnungsunternehmen und Wohlfahrtsverbänden deshalb ausdrücklich auch andere Unternehmen, Vereine, Initiativen und ehrenamtlich engagierte Einwohner an. Sechs Verbände, Institutionen und Unternehmen sind die Initiatoren des

Städtepreises: der Deutsche Städtetag, die Arbeiterwohlfahrt, der Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen, die Schader-Stiftung, das Deutsche Volksheimstättenwerk und die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft.

**Gewerbesteuer:** Berlin. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Diskussion über die Steuerreform, über die Finanzausgleichs- und die Finanzverfassungsreform wehrt sich der Deutsche Landkreistag entschieden gegen eine massive Anhebung der Gewerbesteuerumlage im Zuge der geplanten Unternehmenssteuerreform. Gleichzeitig kritisiert der DLT das Vorhaben der Bundesregierung, im Rahmen ihres Steuerreformkonzeptes die Senkung der Einkommensteuersätze von 2002 auf 2001 vorzuziehen. Die Kommunen hätten dann Zusatzlasten von 4,08 Mrd. DM und bei Einbeziehung der Ausfälle im kommunalen Finanzausgleich etwa 6,7 Mrd. DM bei steigender Tendenz jährlich wiederkehrend zu tragen. Diese Einnahmeverluste könnten die Kommunen auf keinen Fall von der Ausgabenseite her kompensieren. Hier müsste deshalb nach DLT-Auffassung der Versuch unternommen werden, die Kommunalfinanzen über die Unternehmenssteuerreform zu stabilisieren. Denn sie entlastet nicht nur die Unternehmen, sondern führt auch durch die Beseitigung von Steuervergünstigungen zu einem höheren Gewerbesteueraufkommen. Während Bund und Länder jeweils mit rund 8 bis 12 Mrd. DM belastet würden, ergäben sich für die Gemeinden höhere Erträge. Bei einem Verzicht auf die Anhebung der Gewerbesteuerumlage könnten die Gemeinden mit jährlichen Einnahmeverbesserungen rechnen, und zwar im Jahr 2001 mit 1,6 Mrd. DM und in den Jahren 2002 bis 2004 mit 3,5 bis 5 Mrd. DM. Obwohl die dann zu erwartenden Gewerbesteuererträge durch die Senkung des Einkommensteuertarifs wieder geschluckt würden, hält der Bund an der geplanten Erhöhung der Gewerbesteuerumlage um 50 Prozent (!) fest. Damit erhöht sich der Anteil der Gewerbesteuerumlage am Gesamtsteueraufkommen von 20 auf 30 Prozent. Dazu DLT-Präsident Endlein: „Bund und Länder behandeln die Gewerbesteuerumlage wie einen Steinbruch, aus dem man sich - von der Öffentlichkeit völlig unbemerkt - große Stücke zur Deckung des eigenen Bedarfs herausklauben darf. Die Gewerbesteuer muss eine kommunale Steuer bleiben und darf nicht zu einer vierten Gemeinschaftssteuer mit unbegrenztem Selbstbedienungsrecht für Bund und Länder ausgebaut werden.“

*Zusammenstellung: ulj*

werden lieber alte und abgeschriebene Kraftwerke länger genutzt und ggf. hochgerüstet. Gleichzeitig wird von den Betreibern aber auch zunehmend auf vorbeugende Wartung verzichtet – auf Seiten der Kraftwerkshersteller ebenfalls ein Geschäftsabbau bzw. Anwachsen von Überkapazitäten. Wie überall reagiert auch hier das Kapital mit Konzentration: So fusionierten Siemens und Westinghouse einerseits, ABB, Alstom und MAN andererseits. Letztere Fusion soll – wie bereits berichtet – weltweit 10.000 Arbeitsplätze kosten, davon in Mannheim ursprünglich 2.000, nach heftiger Auseinandersetzung nun noch 1.360.

#### Gibt es Gegenstrategien für die betroffenen Belegschaften?

Eine positive Antwort hierauf zu hören, war die Hoffnung der zu der Veranstaltung zahlreich erschienen GKM-Beschäftigten. Die Erwartung war v.a. auf Prof. Peter Hennicke vom Wuppertal In-

festgelegte Sofortprogramm sichert öffentlichen Kraftwerken, sofern sie mindestens 10% KWK-Anteil haben, zunächst 3 Pf/kWh aus einer Netzumlage zu. Damit wäre die betriebswirtschaftliche Situation des GKM schlagartig anders und böte Anlass, den Vorstand zu einem Überdenken seines Konzepts aufzufordern.

Mittelfristig soll die KWK-Energieerzeugung u.a. durch eine Quotenregelung verdoppelt und der vorhandene Bestand erhalten werden.

Ohne politischen Kampf wird es jedoch nicht gelingen, den Vorstand des GKM zu einer Kursrichtung zu bewegen.

Dem steht u.a. auch die Tatsache entgegen, dass das GKM drei Eigentümer hat, von denen einer die MVV mit 28% Anteil ist (die sich nicht mehr auf den regionalen Markt konzentriert, sondern global zu spielen versucht). Die beiden anderen Eigentümer haben überhaupt

die gegenwärtigen Eigentümer bereit sind zu tun. Wie könnte so etwas erreicht werden? Auch nur durch politischen Kampf, der das unabdingbare Interesse der Menschen in dieser Region an den hiesigen Wirtschaftsunternehmen in den Vordergrund stellt und so viel Druck entwickelt, dass sich z.B. die Stadt als immer-noch-Eigentümerin der MVV zu handeln gezwungen sieht.

Peter Hennicke plädierte dafür, „sich nicht mit den Gegebenheiten abzufinden“.

#### Längerfristig: Arbeitsplatzsicherung nur durch gesteuerten Übergang möglich

Diese Botschaft machte die VertreterInnen aus der GKM-Belegschaft nicht gerade froh: „Die Zukunft ist dezentral. Die Zeit der Großkraftwerke ist vorbei. Die künftige Energieerzeugung wird von der Brennstoffzelle geprägt. Alle Konzerne arbeiten daran.“ Auf diese Entwicklung müsse man sich jetzt und nicht erst fünf nach zwölf vorbereiten. Für Uwe Altig wenig tröstlich, denn: „Der Krieg wird jetzt geführt. In zwei Jahren ist alles erledigt!“

Dennoch wird der GKM-Belegschaft nichts anderes übrig bleiben, als zu versuchen, unmittelbar zu überleben, wofür u.U. das KWK-Vorschaltgesetz eine Hilfestellung bietet. Längerfristig aber wird man nach alternativer Beschäftigung und alternativen Geschäftsfeldern suchen müssen. Auch dies ein Prozess, der nur im politischen Kampf in der Region einzuleiten ist.

#### Regionalwirtschaft

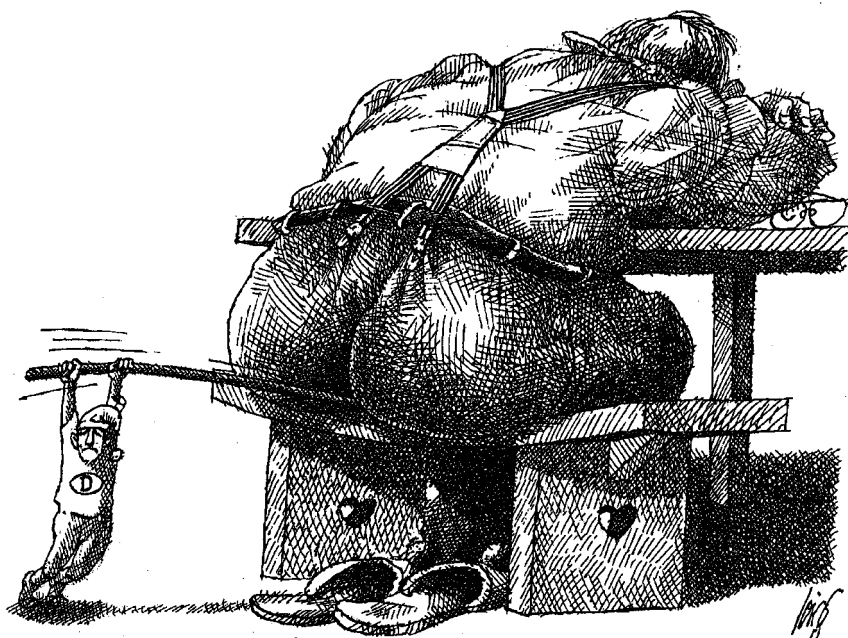
Das war die eigentliche Quintessenz des Abends: Dem neoliberalen Wüten im Zeichen der „Globalisierung“ ist nur beizukommen mit einer politisch geführten Auseinandersetzung um die Entwicklung der regionalen Wirtschaft, die sich nicht durch Ansprüche auf Maximalprofit bremsen lässt.

Der gegenwärtig in Rhein-Neckar ausgetragene Kampf um die ICE-Anbindung Mannheims (sowie in Ludwigshafen und Heidelberg der Kampf gegen die geplante Fahrplanausdünnungen) trägt Züge einer solchen Auseinandersetzung. Es sind nicht wenige Freunde der Privatisierungen aller Art, die auf einmal in konkreten Widerspruch zur so hoch gelobten Bahn-Privatisierung geraten.

Hinsichtlich des Strommarktes kann man allerdings mit so vielen „Privatisierungsgegnern“ nicht rechnen. Die hiesige Wirtschaft schwelgt zur Zeit in den Niedrig-Strompreisen und macht sich selbstverständlich keine ökologischen oder gar arbeitsplatzbezogenen Gedanken. Deshalb würde sich wohl auch der Mannheimer Morgen nicht wieder „an die Spitze der Bewegung“ stellen.

Dafür wären die Gewerkschaften in der Region wohl beraten, z.B. workshops zu organisieren und die politische Diskussion anzustoßen.

tht



Reformstau

SZ-Zeichnung: Heinz Birg

stitut gerichtet.

Dieser erinnerte zunächst an die Geschichte der Schließung des Hertie-Kaufhauses in Mannheim und den (gescheiterten) Versuch – an dem er damals wesentlich beteiligt war –, in den freierwerdenden Räumen ein Öko-Kaufhaus einzurichten. „Dieser Versuch ist zwar gescheitert. Jedoch gibt es aufgrund der damals vom Hertie-Betriebsrat losgetretenen Entwicklung in der BRD heute 120 Ökokaufhäuser.“

Einen ersten möglichen Handlungsansatz vermittelte Hennicke durch seine Ausführungen zu dem am Tage der Veranstaltung im Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS verabschiedeten KWK-Vorschaltgesetz („Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung“). Das darin

keine regionalen Interessen: EnBW mit 32% (mittlerweile von Énergie de France kontrolliert) und die Pfalzwerke mit 40%. Beide sind – wie auch die MVV Energie AG – Stromhändler und als solche ohnehin nicht primär an bestimmten Kraftwerken interessiert.

Uwe Altig wies darauf hin, dass die Aktionärsvereinbarung das GKM in seiner Geschäftsgestaltungsmöglichkeit „knebelt“. Beispielsweise ist dem GKM die profitable Direktvermarktung von Strom an industrielle Kunden verboten.

Als kurz- bis mittelfristige Entlastungsmaßnahme für die GKM-Belegschaft wäre auch denkbar, einen Eigentümerwechsel anzustreben: Suche nach einem Investor, der die zum Teil abgeschriebenen Anlagen des GKM mit mehr Personal weiterführen würde als es

## Im Wasser bis zum Hals

Nicht nur der Niedergang der Industrie im Osten der BRD ist Wegweiser für die Misere der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Auch die Landwirtschaft krankt an einer Struktur- und Beschäftigungskrise. Für viele landwirtschaftliche Betriebe geht es ums Überleben. Vielen Betrieben steht das Wasser bis zum Hals.

Landwirte klagen über zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten. In manchen Dörfern gibt es keine Bauern mehr. Die Menschen verarmen und die Jugend verlässt das Land. In Brandenburg sind fast 30 Prozent der bäuerlichen Unternehmen stark gefährdet. Nach Meinung des Präsidenten des Landesbauernverbandes Brandenburgs liegen die Ursachen in erheblichen Abstrichen durch die „Agenda 2000“ und die Sparmaßnahmen der Bundesregierung. Die Kürzung der Subventionen für Dieselkraftstoff schlage mit einem Minus von 40 Millionen Mark zu Buche.

Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten nimmt weiter ab. Gegenwärtig sind in 6 000 Agrarunternehmen noch rund 34 000 Menschen im Land Brandenburg tätig. So wie im Schnitt in der Bundesrepublik sank auch in den neuen Bundesländern die Zahl der Beschäftigten auf 88 Prozent. Damit hält der Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Osten weiter an, obwohl der Stand insgesamt bereits sehr niedrig ist. Im Osten sind im Bereich der Landwirtschaft rund 60 000 Menschen arbeitslos., wobei der Anteil der arbeitslosen Frauen bei 58 Prozent liegt. Die aus der Landwirtschaft ausgeschiedenen Arbeitskräfte wurden nicht vom Arbeitsmarkt aufgenommen. In den Kreisen Demmin, Strasburg, Angermün-

de oder Seelow liegt die Arbeitslosigkeit bei 25 bis 30 Prozent, bei Frauen 30 Prozent.

**Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind kaum eingeleitet worden.**

Ähnlich wie die Entwicklung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik befindet sich die Landwirtschaft in einer Krise. Die Nettowertschöpfung sank 1999 weiter. Sie ist in erster Linie auf den Verfall der Verbraucherpreise zurück zu führen. Sie fielen seit 1995 auf 91 Prozent. Die Schwierigkeiten in der Ost-Landwirtschaft liegen vor allem in Strukturfragen.

Die Regierungskoalition hat vermutlich keinen genauen Überblick über die Lage im Osten. Denn in einem Bericht wird darauf verwiesen, dass mit Hilfe von Agrargenossenschaften Stabilisierung erreicht werden könne. Mit einem Anteil von 18 Prozent sind diese Genossenschaften im Osten aber ein bedeutender Teil der Landwirtschaft. Sie bearbeiten rund 54 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die einzige Empfehlung, die Bundesregierung geben kann, um die Schwierigkeiten im Osten zu bewältigen, ist der Verweis auf die Möglichkeiten des „Urlaubs auf dem Bauernhof“. Das wird als Ausweg aus der vorhandenen Situation vorgeschlagen.

Die Bauernverbände beklagen das Fehlen einer direkten Hinwendung der Bundespolitik zur Lage auf dem flachen Lande. Sie kritisieren das Fehlen einer auf die Entwicklung der Landwirtschaft gerichteten Politik. Besonders im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union sehen die Bauernverbände weitere Probleme auf sich zukommen. Die Anzeichen für den weiteren Niedergang der Landwirtschaft sind alarmierend. Die Bundesregierung hat kein Konzept, sie tut nichts. (abe)

wird zur Schlüsselfrage der Modernisierung und der Sicherung von Berufschancen“, sagte Peters. Er forderte die Arbeitgeber auf, den zunehmenden Qualifizierungswünschen der Beschäftigten stärker als bisher zu entsprechen. Dafür sei eine tarifvertragliche Qualifizierungsregelung notwendig, die für alle Arbeitnehmer gelten müsse. Die Ursache für den derzeitigen Mangel an Computerspezialisten sieht Peters in Defiziten des Bildungssystems. Das Ausbildungssystem habe mit der Dynamik von Wirtschaft und Technik nicht Schritt gehalten. Langfristige Personalentwicklungsstrategien würden zudem häufig von den Unternehmen zu Gunsten kurzfristiger Ertragsinteressen verdrängt. Die Folgen dieser Entwicklung ließen sich nicht durch den schnellen Import von Arbeitskräften ausgleichen. Notwendig seien vielmehr mehr Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiativen der Unternehmen.

Aus: Die Datenbanken für Arbeits- und Sozialrecht <http://www.soliserv.de>

Wirtschafts-  
presse

**Tarifvertrag soll nur noch „Grundentgelt“ festlegen –**  
HB, Montag, 10.4.2000. – Arbeitgeberpräsident D. Hundt

erklärte sich zufrieden mit den diesjährigen Tarifabschlüssen, sie bewegten sich im Rahmen der Bündnisvereinbarungen. Die Tarifpolitik müsse nun weiter flexibilisiert werden. Über Langzeit- und Lebensarbeitszeitenkonten müsse nachgedacht werden, die Beschäftigten stärker am Unternehmenserfolg beteiligt werden. Daher solle der Tarifvertrag nur noch ein Grundentgelt festlegen und einen Rahmen für Vertrags- und leistungsabhängige Verdienstbestandteile vorgeben. Die konkrete Lohngestaltung solle dann den Betriebsparteien überlassen bleiben. Eng verknüpft mit Ertrags- und Leistungslöhnen sei die Förderung der kapitalgedeckten, privaten und betrieblichen Altersvorsorge, fügte Hundt hinzu.

**Handwerk gegen Altersteilzeit und Rente mit 60.** – HB, Mittwoch, 12.4.2000. – Handwerkspräsident D. Philipp fordert, älteren Arbeitnehmern Mut zu machen, statt durch immer neue Ausstiegsbrücken den Druck auf ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben zu erhöhen. Über 90 % der Unternehmen würden dazu gezwungen, die Altersteilzeit über ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu subventionieren, obwohl nur „ein verschwindend geringer Teil der Wirtschaft diese Instrumente nutzt. Das sind die Großunternehmen.“ Philipp forderte eine Verlängerung, nicht eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Überstundenentgelte und Einmalzahlungen sollten in einer Zusatzvorsorge angespart werden.

**BDA fordert mehr Eigenverantwortung für Schulen.** – HB, Freitag/Samstag, 14./15.4.2000. – H.-J. Brackmann, für Bildung zuständiger Geschäftsführer der BDA forderte eigene Budgets für die Schulen. Den Schulleitern müsse das Recht übertragen werden, Personal selbst auswählen zu können, sie sollten sich stärker als Manager begreifen. Er übte heftige Kritik am Standard der Schulbildung in Deutschland.

**BDA gegen obligatorische Betriebsrente.** – HB, Mittwoch, 19.4.2000. – Die Schaffung einer Betriebsrente, wie sie der DGB fordert, bedeute eine zusätzliche Säule in der Sozialversicherung, „mit der Folge höherer gesetzlicher Personalzusatzkosten, sinkender Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und eines rückläufigen Arbeitsplatzangebotes“, erklärte Arbeitgeberpräsident D. Hundt.

Presseauswertung: rst

**Green Card: IGM fordert tarifvertragliche Regelungen**

## Recht auf Qualifizierung

Die von der Bundesregierung geplante Öffnung des Arbeitsmarktes für Computerspezialisten aus Nicht-EU-Ländern kann nach Auffassung der IG-Metall nur zu einer kurzfristigen Entlastung führen. Eine langfristige Deckung des Fachkräftebedarfs sei damit nicht zu erreichen, sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, am Mittwoch (19.4.) in Frankfurt.

Der Gewerkschafter forderte die Unternehmen auf, selbst mehr für Ausbildung und Qualifizierung zu tun. Denkbar seien sowohl die betriebliche Qualifizierung geeigneter Bewerber als auch die Umschulung von Quereinsteigern.

Nachdrücklich setzte sich Peters für tarifvertragliche Regelungen zur Qualifizierung ein. Darin müsse ein Anspruch der Beschäftigten auf Qualifizierungszeiten enthalten sein. „Qualifizierung

**Die Sonderausgabe des Pressedienstes/Disput der PDS mit den Ergebnissen des Münsteraner Bundesparteitages ist jetzt erschienen.**

Auf 72 Seiten A4 sind nicht nur die wichtigsten Beschlüsse dokumentiert, sondern auch wichtige Reden von Bisky, Kaufmann, Hans Modrow und Gregor Gysi. Übrigens sind diese Dokumente auch über Internet abrufbar. In einer schnell herunterladbaren zip-Datei hat man alle wichtigen Beschlüsse. Der Pressedienst hat den Vorteil, dass auch kleine Übersichtsartikel über die Debatte erstellt worden sind. Im Sonderheft sind auch die Themen veröffentlicht, die in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr gespielt haben:

- Die Debatte über die ökologische Zukunftspolitik
  - Die Debatte zum Thema Nord-Süd
  - Die Debatte zum Thema Feminismus.
- In einer Erklärung des Vorstandes heißt es: „Die Münsteraner Abstimmung gegen den friedenspolitischen Antrag des Vorstandes hat deutlich vor Augen geführt, dass sich das Führungsgremium der Partei nicht von den Lernprozessen abkoppeln



kann, sondern selbst deren Bestandteil ist. In der weiteren programmatischen Debatte wird der Vorstand deshalb mit größter Sensibilität das Gesicht der eigenen Mitgliedschaft zuwenden, die die PDS als sozialistische Partei will. Seine Aufgabe ist es, eine Integration neuer Qualität in der Partei zu erreichen. Der Vorstand vertraut dabei auf die Hilfe und Unterstützung der Mitglieder und SympathisantInnen, baut auf deren Erfahrungen. Der Vorstand will den Pluralismus der Partei produktiv machen.“

*Zu beziehen über: Parteivorstand der PDS, Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
www.pds-online.de*

*Das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften beschäftigte sich auf seiner Jahrestagung am 15./16. April in Fulda mit der Frage der Militarisierung/Entmilitarisierung der deutschen Außenpolitik. Die Auseinandersetzung mit der Ostexpansion der Westmächte, der Nato, der EU und nicht zuletzt der BRD soll einen Schwerpunkt der Arbeit der nächsten Zeit bilden. Dabei kommt es uns darauf an, Kenntnisse von Interessenlage und politischen Standpunkten in den Zielgebieten der Ostexpansion zu gewinnen. Im Sommer soll es ein Autorentreffen in Berlin geben, an der Vorbereitung arbeiten – bis jetzt – die Redaktionen der Politischen Berichte und der Deutsch-Tschechischen Nachrichten. Im folgenden dokumentieren wir zunächst den Einleitungsvortrag, den Emil Hruska auf der Tagung hielt und sodann eine Erklärung der KSCM, in einer Übersetzung der Deutsch-Tschechischen Nachrichten.*

Martin Fochler

## Eine „radikale, antikapitalistische Linke“

# Die KSCM – ein Überblick

Vor 10 Jahren, im März 1990, wurde die KSCM gegründet – eine Partei, die ähnlich wie die deutsche PDS auf den Ruinen der ehemaligen Staatspartei aufgewachsen ist. Trotz eines permanenten Krieges sowohl gegen sie, wie auch gegen linke Ideen, gelingt es ihr, wieder eine markante politische Kraft zu sein.

Auf ihrem konstituierenden Parteitag hat sich die KSCM zur Konzeption der revolutionären Linken vom Anfang der 20er Jahre und zu den Traditionen des antifaschistischen Widerstandes bekannt. Im breitesten Sinne definiert sich die KSCM als die Partei, die die Interessen vor allem derer verteidigt, die für durchschnittliche und niedrigere Löhne arbeiten und die sozial schwach sind. Laufend bezeichnet sich die KSCM als die radikale antikapitalistische Linke.

Mit der Verschlimmerung der ökonomischen und politischen Lage in der

Tschechischen Republik, in der fast 90 Prozent der Bürger ihre Unzufriedenheit ausdrücken, wachsen die Wahlpräferenzen für die KSCM. Diese Entwicklung kann man seit 1998 beobachten, also seit den letzten Parlamentswahlen. Derzeitige Wahlpräferenzen für die KSCM sind ca. 20 Prozent, was doppelt so viel ist wie vor den Wahlen 1998. Mehr als 25 Prozent der Bürger wählten die KSCM in den Regionen mit starken sozialen Problemen (Nordböhmen, Nordmähren, Westböhmen). Vor allem in Nordböhmen und Nordmähren ist die Arbeitslosigkeit auf bis zu 25 Prozent gestiegen, wobei in der ganzen Tsch. Republik im Februar d.J. ca. 500.000 Arbeitslose (9,7 Prozent) registriert wurden.

Der langfristige Trend der Zuneigung nach Links hat sich aber in den letzten Monaten gebremst. Heute bezeichnen sich als linksorientiert ca. 24 Prozent der

*Das folgende Papier wurde von der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) bei ihrem V. Parteitag am 4./5.12.1999 verabschiedet. Die nicht-autorisierte Übersetzung der Deutsch-Tschechischen Nachrichten beruht auf der englischen Übersetzung, die in Postmark Prague Nr. 300 (März 2000) veröffentlicht wurde.*

### Dokument:

# Die KSCM an der Jahrtausendwende

## 1. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung

Wir stehen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts und eines neuen Jahrtausends. Der Kampf für ein menschenwürdiges Leben aller Menschen auf der Erde geht weiter, wenn auch unter neuen Umständen und Bedingungen. Seit der Rückkehr unserer Gesellschaft zum Kapitalismus sind zehn Jahre vergangen. Als Ergebnis befinden wir uns heute in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen, mora-

lischen und ökologischen Krise. Die Privatisierung, vor deren Fallgruben die KSCM von Anfang an gewarnt hat, ist zu einem bloßen Eigentumstransfer verkommen. Ein entscheidender Teil des Volksvermögens ist mittlerweile in die Hände einer kleinen Klasse von großen Privateigentümern übergegangen. An der Jagd nach Eigentum beteiligt sich entschlossen auch das ausländische Kapital. Die Tschechische Republik wurde in die militärisch-politischen Strukturen einbezogen, die von der Machtelite der Welt, allen voran den USA, beherrscht werden.

tschechischen Bürger (1995 waren das ca. 18 Prozent). Die Meinungsforschung zeigt, dass die Steigerung der Wahlpräferenzen für die KSCM zu 15 Prozent zusammenhängen mit ihrer Politik (Programm, die Tätigkeit im Parlament, das kompromisslose Auftreten während der Aggression gegen Jugoslawien, keine Skandale usw.); zu 10 Prozent beeinflusst das Versagen der regierenden Sozialdemokratie die Steigerung. Trotzdem: die fest überzeugten Wähler stellen hier nur 30 Prozent.

Ein spezifisches Problem, das eine ausführliche Analyse verdient, ist das Verhältnis der Arbeiter zur KSCM. Die Arbeiter stellen ca. 25 Prozent aller Wähler, aber nur 17 Prozent der Arbeiter wählen heute die KSCM. Unter den KSCM-Mitgliedern gibt es nur 13,4 Prozent Arbeiter. Man kann sagen, dass zu dem starken Tradeunionismus, der unter den Arbeitern wirkt, wachsender Widerstand gegen die Unfähigkeit der gewerkschaftlichen Repräsentation hinzutritt.

Als Folge des Verhaltens der gewerkschaftlichen Führung, aber auch der allgemeinen Begrenzung der gewerkschaftlichen Bewegung durch die Betriebsinhaber sinkt die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften markant. Heute beträgt sie etwa ein Fünftel aller Beschäftigten. In diesem Zusammenhang schlägt die KSCM die Einführung der sog. Räte der Beschäftigten in die tschechische Legislative vor, und zwar so, dass ihre Stellung sich nicht mit der der Gewerkschaften deckt.

Einen wichtigen Bestandteil des Programmes und der praktischen Tätigkeit stellt der Bereich der internationalen Politik vor. Ich habe schon erwähnt, dass

dank ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber der Aggression der NATO in Jugoslawien die KSCM ein großes Ansehen gewonnen hat. Eine der Prioritäten für die KSCM ist die Aufarbeitung der Fragen der europäischen Integration. Als ein Ausgangspunkt in der Programmatik gilt Manifest der KSCM „Für ein demokratisches Europa“. Das Manifest hat 8 Kapitel, die auf folgende Probleme orientiert sind:

1. Wir wollen ein Europa der ökonomischen Prosperität.
2. Wir wollen ein Europa der Wissenschaften und der Technik.
3. Wir wollen ein Europa der Sozialen Sicherheit.
4. Wir wollen ein Europa der Kultur und Ausbildung.
5. Wir wollen ein Europa der Einheit und auch der nationalen Souveränität.
6. Wir wollen ein Europa der Demokratie und der Menschenrechte.
7. Wir wollen ein Europa des Friedens und der Zusammenarbeit.
8. Wir wollen ein Europa für die Zukunft der menschlichen Zivilisation.

In der Einleitung des Manifestes steht, dass die Erfahrungen mit dem wilden Kapitalismus, die jahrelange Erfahrung mit dem sog. Realen Sozialismus, das spezifische Durchdringen verschiedener kultureller Einflüsse und auch die tiefe soziale Tradition des tschechischen Volkes einen in seiner Art unersetzlichen Ausgangspunkt dafür bilden, zum Projekt des künftigen demokratischen Europa

mit der eigenen, für die vielfältige Zukunft Europas erforderliche Art beizutragen.

Als eine dringende Aufgabe der Gleichzeitigkeit nach dem NATO-Beitritt und in der Zeit der Verhandlungen über den EU-Beitritt bezeichnet die KSCM die Vertiefung der Diskussion zwischen den politischen Partner-Parteien in den Ländern, die für die EU-Osterweiterung ausgewählt sind. Das Ziel sollte eine gemeinsame Taktik der Linken in den widerspruchsvollen Integrationsprozessen sein. Ebenfalls sollten mehr Kontakte mit politischen Partner-Parteien in den EU-Ländern und gepflegt und ihre Erfahrungen genutzt werden. In diesem Zusammenhang fordert man die Bildung eines linken zwischenparlamentarischen Forums als ein Ausgangspunkt für die Entstehung einer neuen Internationale der radikalen Linken in Europa.

Es handelt sich zweifellos um eine anregende und nötige Idee, aber im Hinblick auf die (selbstverständliche) Konzentration der politisch verwandten Parteien der Linken in Europa auf innenpolitische Probleme und auf die bisherige, trotz verschiedener Aktivitäten – eher nur symbolische Zusammenarbeit fehlen für die Verwirklichung größerer, vor allem aber konsequent durchgeführter Projekte die Kräfte und auch die Mittel. Es geht, meiner Meinung nach, eher um eine Hoffnung, die aber belebt werden sollte, schon weil im Zusammenhang mit der Globalisierung und Integration die Möglichkeiten der Linken in den einzelnen europäischen Ländern sehr begrenzt sind.

*Emil Hruska*

Die NATO bedient sich des Territoriums unserer Republik und sonstiger materieller und menschlicher Ressourcen unseres Landes. Die Wirtschaft hat noch immer wieder nicht das Niveau von 1989 erreicht. Dies ist verbunden mit einem Absinken des Lebensstandards, einer existentiellen Bedrohung großer Teile der Bevölkerung, dem Verlust vieler sozialer Sicherheiten, dem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kriminalität sowie einer Bedrohung der nationalen Interessen. Infolge der Erfahrungen, die die Bürger dieses Landes in den letzten zehn Jahren gemacht haben, hat die rechte Politik im Laufe der Zeit viel von der Anziehungskraft eingebüßt, die sie nach 1989 mit Hilfe von Massenpropaganda und grober Verdrehung der Tatsachen auszuüben versuchte.

Die jetzige politische Situation bietet der Linken neue Möglichkeiten. Die Regierung der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (CSSD) hat es, in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt durch das „Oppositionsabkommen“ mit der (rechten) Demokratischen Bürgerpartei (ODS) sowie durch ihre supranationalen Verbindungen, ihre Geschichte und weit-

reichende ideologische Vorurteile, nicht geschafft, den Kurs der Entwicklung des Landes wesentlich zu verändern. Sie gerät zunehmend in Widerspruch zu ihren eigenen Wahlversprechungen, und wenn sie ihre Politik nicht ändert, werden sich die Unterschiede zwischen ihr und ihrer rechten Vorgängerin noch mehr verwischen. Die Alternative, die von der rechten Opposition angeboten wird, ist keine Lösung. Mit verschiedenen Formen einer „starken“ Regierung liebäugelnd und in gefährlicher Herausforderung des parlamentarischen Systems versuchen extremistische und autoritäre Gruppen, die Traumata und Enttäuschungen der Bevölkerung auszuschlachten. Die Gefahr wächst, dass diese Situation günstige Bedingungen für die Entwicklung von Faschismus als einer offen antidemokratischen Diktatur schafft, die letztlich den Interessen des Großkapitals dient. Die Erfahrungen der 30-er Jahre in Deutschland und der 70-er Jahre in Chile warnen vor der Gefahr eines faschistischen Versuchs, die nicht-konforme Linke zu unterdrücken. Das erste Ziel dieser Kräfte kann darin bestehen, Aktivitäten und Bewegungen rebellierender Jugendlicher zu

fördern, die Angst vor einer Bedrohung der Zukunft des Landes und der Zivilisation insgesamt haben. Ein anderer Aspekt dieses Trends ist die gezielte Manipulation der öffentlichen Meinung. Das Informationszeitalter bedeutet exklusive Informationsmöglichkeiten für die Eliten und gefälschte Informationen für den Rest. Die KSCM warnt auch vor dem Antikommunismus, der in der Vergangenheit immer mit einer Einschränkung der Demokratie, einem Verlust an sozialen Rechten für die Werktätigen und einer Bedrohung der nationalen Interessen einherging.

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist unzufrieden mit der Richtung, in welcher sich die Gesellschaft entwickelt hat. Die KSCM ist die wichtigste oppositionelle Kraft. Ihr programmatisches Ziel besteht darin, eine Veränderung herbeizuführen und die gegenwärtige Krise der Gesellschaft zu überwinden. Sie hat sich der Vergangenheit gestellt und eine prinzipienfeste Analyse vorgenommen, wie es von einer Partei von hoher politischer Kultur erwartet werden darf. Wir lehnen entschieden die Deformationen ab, die die Idee des Sozialismus in Misskredit ge-

bracht haben, und verteidigen gleichzeitig alles, was die Bevölkerung unter den früheren Bedingungen sozialer Sicherheit geschaffen hat und was ihr seit November 1989 genommen wird. Das langfristige programmatische Ziel der KSCM ist die Schaffung einer modernen sozialistischen Gesellschaft, die reale und dauerhafte Freiheit und Gleichheit gewährleistet – unabhängig von Eigentum und sozialem Status. Dieses Konzept basiert auf dem Marxismus und auf einem offenen Dialog mit neuen Ideen und Erfahrungen. Kommunisten haben sich immer aktiv für die Verteidigung und Förderung der Interessen der ausgebeuteten, benachteiligten und unterdrückten Klassen eingesetzt. Heute besteht unsere Hauptaufgabe darin, die Kluft zwischen Arm und Reich nicht breiter werden zu lassen, den Niedergang im Gesamtniveau unserer Kultur zu verhindern und dem Versuch einer Einschränkung der Demokratie und des Einflusses der Bürger auf die öffentlichen Angelegenheiten entgegenzutreten.

Mit ihrem 5. Parteitag tritt die KSCM in das neue Jahrtausend als unabhängige Partei ein, die einen festen Platz im politischen Spektrum einnimmt. Dies ist das Ergebnis ihrer prinzipienfesten Politik. Für die meisten Bürger unseres Landes sind eine Marginalisierung und die Versuche gewisser politischer Kräfte und Führer, die KSCM zu boykottieren, nicht akzeptabel. In einer Situation neuer Möglichkeiten übernimmt die KSCM jetzt auch weitere Verantwortung für die Bevölkerung und die sozialen Schichten, für deren Interessen sie sich einsetzt. Die KSCM ist sich der Tatsache bewusst, dass ihr Bestreben, die täglichen Sorgen der Menschen und die zentralen Probleme des heutigen Lebens anzugehen, eine Veränderung des Systems – d.h. die Überwindung des Kapitalismus – dringend erforderlich macht. Natürlich kann sie in dieser Hinsicht nur Erfolg haben, wenn sie das Verständnis und die Unterstützung der Bürger, Wähler und Aktivisten des öffentlichen Lebens gewinnt, mit denen sie zusammenarbeitet. Die KSCM bemüht sich um die Unterstützung derjenigen, deren Interessen am direktesten betroffen sind und die durch ihre Arbeit und Tätigkeit die Grundlagen des gesamten gesellschaftlichen Reichtums schaffen, gleichzeitig aber keine entsprechende Anerkennung finden und ausgebeutet werden. Sie bemüht sich um die Unterstützung all derjenigen, denen soziale Gerechtigkeit und demokratische Entwicklung ein Anliegen ist und die zu Recht die Herren im eigenen Land sein wollen.

## 2. Der imperiale Charakter des kapitalistischen Konzepts der Globalisierung

Die KSCM ist sich bewusst, dass der internationale Kontext und die gegenseitige Bedingtheit zwischen der Situation im eigenen Lande und der Lösung von Pro-

blemen in anderen Teilen der Welt für die Umsetzung ihrer Politik wichtige Konsequenzen hat. Sie anerkennt auch, dass eine qualitative Veränderung der Entwicklung im Weltmaßstab eingetreten ist. Nach der Auflösung des Warschauer Pakts und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) haben die führenden kapitalistischen Staaten, mit den USA an der Spitze, ihre Position gestärkt und die unbeschränkte Weltherrschaft ins Visier genommen. Die neuen historischen Bedingungen bedeuten auch, dass die internationale Arbeitsteilung eine höhere Stufe erreicht hat, die möglich geworden ist durch die Anwendung neuer Produktivkräfte auf der Basis einer grundlegenden technischen Innovation und der flexiblen Organisation der Produktion. Ein Weltmarkt für Geld, Waren, Dienstleistungen, Arbeit und Informationen entsteht. Weltweite Verbindungen zwischen Menschen, Ländern und Ländergruppen sowie zwischen Institutionen vertiefen sich ständig und nehmen an Zahl und Komplexität zu. Mit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und dem Anwachsen des Dienstleistungssektors verringert sich ständig der Anteil der Werktätigen, die unmittelbar in der Produktion tätig sind. Eine immer stärkere Verflechtung der nationalen Ökonomien findet statt, häufig verbunden mit ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und zunehmender Ungleichheit zwischen den Ländern. Eine weltweite Informationsgesellschaft wird geschaffen. Die Informationstechnologie, die einerseits Völker und Kulturen einander näherbringt, ermöglicht andererseits auch die Realisierung von Profiten aus wirtschaftlicher Betätigung in einem Land in einem ganz anderen Teil der Welt. All dies ist die Ursache dafür, dass die Entwicklung in der vor uns liegenden Zeit eine komplexe, neue, eng verflochtene und tief widersprüchliche globale Form annimmt. Es gibt ihr den Charakter der Globalisierung.

Heute herrscht eine kapitalistische Form der Globalisierung vor, die angesichts der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung mit den Interessen der überwachenden Mehrheit der Menschheit scharf kollidiert. Dazu gehört eine Ideologie der unbeschränkten Bewegungsfreiheit von Kapital, Waren und Dienstleistungen. Infolgedessen werden die transnationalen Monopole immer größer und erreichen das Niveau riesiger Einheiten, die ihre Regeln den Konkurrenten und den meisten Staaten der Welt aufzwingen. Eine wichtige Tendenz ist heute die Modernisierung des Weltkapitalismus, der damit versucht, seine Lebensdauer als System zu verlängern. Gleichzeitig nimmt die Ungleichheit der Entwicklung in verschiedenen Teilen der Welt wieder zu, und der „überflüssige“ Teil der Weltbevölkerung sieht sich mit der Gefahr eines Genozids konfrontiert. Die Konzentration der Monopolstrukturen hat auch dazu geführt, dass eine klei-

ne Oligarchie der reichsten und aggressivsten Kapitaleigner entscheidenden Einfluss ausübt. Die transnationalen Konzerne operieren nicht auf der Basis demokratischer Verfahren und respektieren nicht die politischen Systeme der einzelnen Länder. Auch hier stehen sich Privilegierte und Diskriminierte, Mächtige und Ohnmächtige gegenüber. Eine globale Bourgeoisie entsteht, die sich bemüht, das Arbeitskräftepotenzial und die natürlichen Ressourcen der ganzen Welt auszubeuten und das Denken der Menschen durch die Schaffung eines Weltinformationsmarktes zu beherrschen.

Die Tschechische Republik ist in den Prozess der Globalisierung hineingezogen worden, ohne eine gut durchdachte, an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit orientierte Vorstellung von ihrer eigenen Rolle in diesem Prozess zu haben. Sie ist dem direkten politischen Einfluss des transnationalen Kapitals ausgesetzt. Die Rückkehr zum Kapitalismus hat zu einer komplizierten Situation in der Tschechischen Republik, zu einer dramatischen Verschlechterung unserer internationalen Gesamtposition und zu einer Zunahme der Risiken hinsichtlich unserer Entwicklung geführt, denen wir uns in nächster Zukunft gegenüber sehen. Der Prozess der Globalisierung geht auch mit einem neuen globalen Bewusstsein einher. Diesen neuen Prozessen gegenüber ist weder naive Bewunderung noch passive Ablehnung angebracht. Wir können angesichts der Tendenzen in Richtung einer kapitalistischen Globalisierung nicht indifferent bleiben. Vielmehr stellen sie für uns einen Aufruf dar, aktiv zu werden mit dem Ziel der Verwandlung ihres imperialen Charakters in eine Gelegenheit, eine gerechtere Weltordnung zu schaffen und unsere eigenen globalen Alternativen zu formulieren. Ohne eine stark intensivierte Zusammenarbeit zwischen der Linken in der Tschechischen Republik und der internationalen Linken sowie, im speziellen Fall der KSCM, mit den kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt kann es keine gesellschaftliche Transformation geben, in der die Tschechische Republik in ihrer weiteren Entwicklung einen gleichberechtigten und würdigen Platz findet.

Angesichts der zunehmenden Instabilität auf der ganzen Welt und auf dem europäischen Kontinent gehört zu unseren obersten Prioritäten der Kampf für Frieden und die Prävention bewaffneter Konflikte. Wir sind gegen den Militarismus, der mit massiven Rüstungsausgaben und mit der Einschüchterung durch die Anwendung militärischer Gewalt verbunden ist. Die KSCM setzt sich auch nach dem NATO-Beitritt der Tschechischen Republik im Jahre 1999 weiterhin für eine Veränderung des Charakters der Sicherheitsstrukturen und für den Rückzug der CR aus der NATO mit einer ersten Phase der ruhenden Mitgliedschaft ein. Die



schrittweise Eskalation der gezielten und direkten Aggression der NATO in Jugoslawien hat unsere Haltung der kritischen Reserve gegenüber diesem Militärblock bestätigt. Der beste Weg vorwärts liegt unserer Meinung nach in der Entwicklung eines kollektiven Sicherheitssystems, das nicht dem Diktat der USA unterliegt, sondern auf dem Prinzip der Gleichberechtigung und der friedlichen Konfliktlösung in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen basiert und beispielsweise im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) möglich wäre. Wir fordern ein Ende des Wettrüstens und eine Rückkehr zum weltweiten Abrüstungsprozess, einschließlich des Verbots von Massenvernichtungswaffen und der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

### 3. Einheit und Zusammenarbeit der internationalen Linken

In der Haltung der Linken zu den internationalen Beziehungen in der Ära der Globalisierung nimmt das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit, das kollektive Bemühen um Stabilität, Frieden, eine permanent nachhaltige Entwicklung und weltweiten Umweltschutz sowie die universale Verantwortlichkeit für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit einen zentralen Platz ein. Nach Auffassung der Linken besteht die Basis einer neuen Alternative in der Ersetzung des ökonomischen und politischen Dschungels durch eine effektive weltweite Regulierung, die allen Ländern und Regionen einen gerechten Anteil an den Entscheidungen und an den Früchten der Entwicklung ermöglicht. Die Institutionen der neuen Weltordnung müssen auf demokratische Weise geschaffen werden, um der zunehmenden globalen Anarchie entgegenwirken können. Die UNO kann ebenfalls als eine Basis für die Zukunft entwickelt werden. Die KSCM lehnt jede Schwächung oder Ausschaltung der UNO ab.

Um Widerstand gegen die räuberische Globalisierung des Kapitals zu leisten, muss eine weltweite Bewegung der Ausgebeuteten und Bedrohten aufgebaut werden, die Abwehraktionen der Solidarität und der organisierten Opposition durchführt. Soziale und politische Konflikte entwickeln sich unausweichlich zu supranationalen Konflikten und Problemen, und die Politik erhält dadurch auf internationaler ebenso wie auf nationaler Ebene neuen Inhalt und neue Bedeutung. In dieser Situation ist eine internationale Zusammenarbeit der Linken mit neuen Organisationen und Bewegungen, die sich für eine gerechtere Weltordnung und für neue weltweite Alternativen einsetzen, von fundamentaler Bedeutung. Die KSCM ist sich der Notwendigkeit bewusst, an gemeinsamen Aktionen gegen die Aggressivität der Großmachtgruppierungen und das rücksichtslose Verhal-

ten der transnationalen Monopole und an der Schaffung einer vereinigten Linken auf internationaler – regionaler ebenso wie globaler – Ebene teilzunehmen. Neue Möglichkeiten eröffnen sich. Mit den Fortschritten der Technik werden immer mehr Kopfarbeiter den Bedingungen der Lohnarbeit unterworfen. Gleichzeitig schafft die Informationstechnologie neue Instrumente der Selbstorganisation und der Entwicklung eines eigenen Bewusstseins und neue Aktionsrichtlinien.

Wichtig für die KSCM ist ein gemeinsames Vorgehen der Linken in Europa. Die Stärkung der gegenseitigen Beziehungen zwischen wirklich linken, kommunistischen und Arbeiterparteien in Europa ist von strategischer Bedeutung. Fruchtbar ist auch die Arbeit in europäischen Institutionen, einschließlich der linken Gruppen in den Parlamentarischen Versammlungen der europäischen Organisationen (z.B. der Fraktion der Vereinigten Linken im Europa-Parlament). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die internationale Koordination des Vorgehens der linken Parteien in den nationalen Parlamenten und gegenüber den Medien. Die Umsetzung der programmatischen Aussagen der KSCM zur Kooperation mit der Linken in den Nachbarstaaten auf regionaler Ebene, die Stärkung der bestehenden Strukturen und die Schaffung spezifischer neuer Strukturen (linke Euroregionen) im Rahmen der entstehenden Integrationsstrukturen ist eine weitere Hauptaufgabe. Die Volksbewegung und ihr zunehmend multikultureller Charakter in Mitteleuropa stellt die KSCM vor eine immer dringender werdende Aufgabe. Sie muss energisch vorgehen gegen feindliche Einstellungen gegenüber Ausländern, bestimmten Minderheiten, Migranten aus dem Süden und dem Osten, und gegen die damit verbundene Gefahr von Nationalismus und Rassismus als Phänomene, die der KSCM fremd sind. Gleichzeitig beinhaltet dies natürlich auch die Stärkung des Nationalbewusstseins und des Patriotismus in Bezug auf das eigene Land.

Ein wichtiger Punkt ist unsere spezifische Haltung zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit und Integration in Europa. Die Zukunft der Tschechischen Republik liegt nicht in der Isolation. Die internationale Integration ist eine Realität, und ihre Weiterentwicklung kann die Chancen der beteiligten Staaten und ihrer Bürger erheblich verbessern. Europa und einzelne Staaten werden dafür kämpfen müssen, unter den Bedingungen der globalen wirtschaftlichen Konkurrenz bestehen zu können. Für uns ist das u.a. ein Instrument der Kooperation und Integration der linken Kräfte. Ein Element im Prozess der Integration von Ländern ist die Übertragung von Teilen der Staatssouveränität auf supranationale Organe, was nicht leicht zu bewerkstelligen ist. Die KSCM stellt den dabei zu erzielenden gegenseitigen Vorteil und die damit verbundene Gleichheit

in den Vordergrund und setzt sich für eine realistische und allseitige Betrachtung des Nutzens ein, den dieser Prozess mit sich bringen kann. Sie ist der Meinung, dass die Prozesse der Integration zu größerer Effizienz in der Wirtschaft führen und zur Bereicherung der Kultur beitragen. Sie übersieht jedoch auch nicht, mit welch brutalem Druck in der gegenwärtigen Europäischen Union der Abbau sozialer Standards betrieben wird, oder die wuchernde Bürokratie und die wachsenden Profite, die die größten transnationalen Monopole auf Kosten breiter Teile der Bevölkerung einstreichen. Wir lehnen die EU in ihrer jetzigen Form ab.

Die KSCM macht die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in den Strukturen der europäischen Integration von Verhandlungen über die Bedingungen der Mitgliedschaft, einschließlich eventueller Ausnahmeregelungen, abhängig. Dies entspricht der Haltung anderer europäischer kommunistischer Parteien. Wir lehnen die Politik aller bisherigen Regierungen der Tschechischen Republik ab, eine Mitgliedschaft unter allen Umständen anzustreben. Wir lehnen eine Koppelung der EU-Mitgliedschaft an die Aufhebung der Beneš-Dekrete ab. Auch darf die Integration in die EU nicht auf der Lähmung der eigenen Ressourcen der CR basieren und dem tschechischen Volk nicht die Möglichkeit nehmen, seinen Lebensstandard zu heben. Neben der Integration in die EU ist es notwendig, jede Gelegenheit einer Integration und einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas und mit anderen Ländern der Welt wahrzunehmen. Wir fordern, dass die Bürger der CR über die Beteiligung an den Integrationsstrukturen der EU nach landesweiter Debatte in der Bevölkerung und ausführlicher und gründlicher Aufklärung über die ausgehandelten Konditionen in einem Referendum selbst entscheiden können. Wir fordern eine alternative, demokratische Form der europäischen Integration und ein gemeinsames Projekt für ein sozialistisches Europa.

### 4. Mit der KSCM aus der Krise – ein besserer Weg für unser Land

Die KSCM sieht ihre Hauptaufgabe in der vor uns liegenden Periode darin, die Vertiefung der Krise zu verhindern. Viele Bürger unseres Landes hegen immer noch die Hoffnung, dass es möglich sein wird, einen Weg aus ihrer bedrückenden sozialen Situation zu finden. Die KSCM beschränkt sich deshalb nicht darauf, die heutige Politik abzulehnen. Die Krise zu überwinden bedeutet dazu beizutragen, dass der Einfluss der Rechten zurückgedrängt wird, die die Hauptverantwortung für die jetzige Situation trägt. Die KSCM fordert von der Regierung die Durchführung eines wirksamen Sozialprogramms, das den nationalen Interes-

sen Rechnung trägt. Wenn es eine realistische Möglichkeit zur Durchsetzung der Hauptpunkte des KSCM-Programms gibt, in dem unserer Meinung nach die Interessen der Bevölkerungsmehrheit formuliert sind, sind wir bereit, einen entsprechenden Anteil an der Macht in den obersten Staatsorganen zu übernehmen. Wir sind aber unter keinen Umständen bereit, durch rein formale und halbherzige Maßnahmen an der Enttäuschung der Bürger teilzunehmen. Die langfristige Lösung der Krise liegt unserer Meinung nach darin, erneut den Weg des Sozialismus einzuschlagen.

Die von der KSCM vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen gegen die Krise beinhalten u.a. den Stopp des weiteren Kahlchlags im sozialen Bereich, der mit einer krassen Zunahme der sozialen Unterschiede verbunden ist. Um diesen Sektor wiederzubeleben und zu einer Politik der allseitigen Entwicklung, insbesondere in der Wirtschaft, überzugehen, sind besondere Anstrengungen erforderlich. Diejenigen, die von der kapitalistischen Transformation profitiert und ihr Eigentum und ihre Macht auf Kosten der Gesellschaft vermehrt haben – die Veruntreuer, die großen Kapitaleigner und Manager, die Finanzspekulanten, die Staats- und Finanzbürokratie – müssen die Rechnung übernehmen. Der Weg aus dem Chaos schließt die Anwendung spezieller Übergangsmaßnahmen nicht aus, z.B. die Anwendung bestimmter, nicht auf Marktmechanismen beruhender, administrativer Instrumente (Regulierung der Preise und des Einstroms von ausländischem Kapital, Einführung von Importbeschränkungen etc.).

Die Situation erfordert eine fundamentale Veränderung der Prioritäten. Im Mittelpunkt muss die Wiederbelebung der Wirtschaft stehen, zusammen mit der Feststellung von Ressourcen, die es ermöglichen, eine Erneuerung des Landes einzuleiten. Wir sind dafür, dass der Staat, mit Beteiligung der Bevölkerung, eine stärkere Regulierungsfunktion übernimmt. Die effektive Unterstützung des Wirtschaftswachstums, insbesondere der Schlüsselunternehmen der tschechischen Wirtschaft, bei gleichzeitigem Schutz der kleinen und mittleren Betriebe, gehört ebenfalls zu den Prioritäten. Die KSCM schlägt eine Steuerreform vor, die breiten Teilen der Bevölkerung zugute kommt, sowie eine andere Haushaltspolitik, die den neu definierten Prioritäten für die soziale Entwicklung entspricht. Es ist dringend notwendig, einen wirksamen – und längst überfälligen – Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität aufzunehmen. Erforderlich sind auch Maßnahmen zum Schutz der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion, zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere der Genossenschaften, und zur umfassenden Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande.

Die KSCM betrachtet die Durch-

führung einer wirksamen Sozialpolitik als zentrale Aufgabe. Dies erfordert vor allem Investitionen in die berufliche Ausbildung und die Nutzung aller Fähigkeiten, die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Erziehungs- und Gesundheitssektor sowie die Sicherung einer lebenswerten Zukunft für die Jugend und eines sicheren Lebensabends für die älteren Bürger. Erreichen lässt sich dies durch die Achtung der Charta der Grundrechte und –freiheiten, einschließlich sozialer und ökonomischer Rechte. Die Durchsetzung einer Europäischen Sozialcharta, gegen die sich die Rechte mit Zähnen und Klauen wehrt, ist zurzeit von aktueller Bedeutung. Wirksame Maßnahmen, um die weitere Einengung der kulturellen Basis der Gesellschaft zu verhindern und die nationale Kultur und Sprache vor willkürlichen Praktiken, der Vorherrschaft ausländischer Einflüsse und Kommerzialisierung zu schützen, sind unverzüglich von Nöten. Ebenso muss die Unabhängigkeit der schöpferischen Tätigkeit und der Anwendung geistiger Werte einschließlich Informationen und künstlerischer Arbeiten geschützt werden. Für die breite Bevölkerung muss, unabhängig vom Eigentumsstatus des Einzelnen, der Zugang zu Kunst, Literatur, kulturellem Erbe und Ausbildung gesichert werden. Die KSCM setzt sich sehr für eine vorsichtige Haltung in Bezug auf Eingriffe in die natürliche Umwelt ein; ihre Einstellung basiert auf dem Konzept der permanenten nachhaltigen Entwicklung und der Notwendigkeit, bei der Entscheidungsfindung den Primat des Profitmotivs auszuschließen. Von fundamentaler Bedeutung ist das staatliche Eigentum an den wichtigsten natürlichen Ressourcen. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die notwendigen Bedingungen geschaffen werden, um eine fundamental wirksamere Gesetzgebung zum Umweltschutz durchzusetzen.

Die kritische Situation in der Gesellschaft darf nicht zur Schwächung der Demokratie ausgenutzt werden. Wir sind nicht einverstanden mit der Einschränkung des pluralistischen Charakters des politischen Systems. Das Grundproblem ist der Schutz des häufig ohnmächtigen Bürgers vor Ungerechtigkeit einerseits und die Notwendigkeit der Bekämpfung der zunehmenden Kriminalität andererseits. Die KSCM unterstützt auch die Durchführung der Verwaltungsreform, sofern diese zur Effizienzsteigerung führt und eine unnötige Bürokratisierung verhindert. Die Politik der KSCM auf kommunaler und regionaler Ebene fördert die Kooperation auf breiter Basis, vorausgesetzt dass Nutzen und Vorteil davon aufgezeigt werden können und Ergebnisse erzielt werden, die im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung liegen. Dieser Ansatz begünstigt auch die Entstehung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses auf lokaler Ebene und in gesamtgesellschaftlichem Maßstab, dessen Kern aus Menschen besteht,

die keine Privilegien genießen und von ihrer eigenen Hände Arbeit leben.

Als Sofortmaßnahme zur Überwindung der Krise schlägt die KSCM ein Alternativprogramm für die umfassende Erneuerung der Gesellschaft vor, das auf einen Zeitraum von etwa zehn Jahren angelegt ist. Voraussetzung für einen grundlegenden Umschwung ist die Sicherung eines langfristigen Wachstums der Volkswirtschaft, das untrennbar mit einer verantwortungsbewussten Sozialpolitik und dem Schutz der Umwelt verbunden sein muss. Die KSCM legt deshalb ihre eigene Vision zur ökonomischen Entwicklung vor, eine Vision, die durch die breite Teilnahme der Bevölkerung und die Masseninitiative von Einzelpersonen, Kollektiven und Institutionen realisierbar ist. Ihr Kern besteht in wachstumsfördernden Maßnahmen zur Unterstützung von Modernisierungsinvestitionen, zur Stärkung der inländischen Massenkaukraft und zur verstärkten Entwicklung aller verfügbaren Ressourcen. Ein stabiles langfristiges Wachstum ist gebunden an Projekte für strukturelle Veränderungen unter Berücksichtigung der Tatsache, dass eine neue Art von Wachstum notwendig ist: Investitionen in Wissenschaft und Forschung, in die Ausbildung, in Maßnahmen zur Wiederanhebung des Lebensstandards und in eine durchgehende Ökologisierung. Die KSCM setzt sich für eine Beendigung der allmählichen Liquidation der einheimischen Produktion, für eine Einschränkung unnötiger Importe und für Maßnahmen gegen die Ausblutung unserer Wirtschaft durch das Ausland ein. Wir fordern eine strenge Gesetzgebung zur Unterbindung fragwürdiger Profittransfers ins Ausland durch ausländische Firmen und eine unabhängigere und eigenständigere Haltung gegenüber den Forderungen der internationalen Institutionen. All dies hängt davon ab, dass die strategische Richtung der Marktwirtschaft gestärkt und ein Wachstumskonzept für die Hauptzweige der Wirtschaft erarbeitet wird.

Während dieser Zeit wird es notwendig sein, längst überfällige Veränderungen bei der Privatisierung vorzunehmen, das Management der Firmen, an denen der Staat und die Kommunen beteiligt sind, rationeller zu gestalten und die Rolle von Staat und Kommunen als Eigentümer und Manager zu stärken. Gemischte Wirtschaft und Gleichberechtigung verschiedener Eigentumsformen bedeutet, dass die Rolle des Staates als Eigentümer entsprechender Holdings in strategischen Zweigen der Wirtschaft verteidigt werden muss. Die KSCM ist auch für eine Erweiterung des Schutzes des bestehenden Genossenschaftssektors und für die Förderung einer Neuentwicklung der genossenschaftlichen Eigentumsform. Von fundamentaler Bedeutung ist auch eine stärkere Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Management und am Profit von Unternehmen

und Institutionen. Zur Förderung der Selbstverwaltung in der Produktion und der Mitbestimmung der Beschäftigten müssen Betriebsräte eingerichtet und alle Formen der Partizipation der Beschäftigten unterstützt werden. Die KSCM wird dann in der Lage sein, auf die Schaffung von Bedingungen hinzuwirken, in denen Kollektive von Beschäftigten in der Lage sind, Unternehmen zu leasen oder als Eigentum zu übernehmen.

Es wird notwendig sein, allmählich wieder zu soliden Grundlagen für eine wirksame und stabile Sozialpolitik zurückzukehren bzw. solche zu schaffen. Im politischen Bereich sind Maßnahmen zur Stärkung der Souveränität der Bürger erforderlich. Es ist absolut notwendig, die Aktivität der Bürger unseres Landes in den wichtigsten Bürgervereinigungen und -initiativen zu verstärken, manipulative und undemokratische Praktiken zu bekämpfen und das Management und die Selbstverwaltung der Gesellschaft der breitest möglichen Bürgerbeteiligung zugänglich zu machen. Großer Wert muss auf strategisch wichtige Ausbildungsprogramme und die Verbreitung von Informationen, auf eine intensive, unabhängige und den Erfordernissen der Gesellschaft entsprechende, kreative wissenschaftliche und künstlerische Arbeit und auf die Wiederbelebung und Festigung hoher moralischer, humanitärer und ökologischer Werte gelegt werden. Das Ziel besteht in der Entwicklung der Kultur und des gesamten Geisteslebens als wesentlicher Voraussetzung für die allseitige Entwicklung der Menschheit und als Quelle des schöpferischen Potenzials der gesamten Gesellschaft.

##### **5. Eine Partei mit Zukunft, eine Partei der Kooperation**

Die KSCM unterscheidet sich von den anderen Parteien unseres Landes durch ihre antikapitalistische Haltung und ihre Suche nach einer Systemlösung für die allgemeine Krise der Gesellschaft. Erforderlich sind politische Veränderungen, die den Weg frei machen für eine direkte Beteiligung immer breiterer Teile der Bevölkerung an den Entscheidungen. Die KSCM nimmt an diesem Prozess als Organisation teil, die mit den Menschen darüber spricht, wie ihrer Meinung nach die Probleme zu lösen sind, und den Dialog mit Mitgliedern anderer politischer Parteien und politischer Strömungen aufnimmt. Die KSCM wird Aktivitäten initiieren und organisieren, bei denen möglichst viele Bürger, insbesondere werktätige Menschen und ihre Organisationen, selbst an der Lösung von Problemen teilnehmen. Die KSCM unterstützt auch organisierte Selbsthilfe-Aktivitäten und Solidaritätsaktionen. Insbesondere der Gewerkschaftsbewegung, die hoffentlich in Zukunft wesentlich an Bedeutung und Aktivität gewinnen wird, bietet die KSCM in dieser Hinsicht Un-

terstützung und Zusammenarbeit an. Die Partei ist sich wohl bewusst, dass sie das Vertrauen, das ihr gegenwärtig in zunehmendem Maße von der Öffentlichkeit entgegengebracht wird, nur durch eine praktische und wirksame Politik erhalten kann. Sie bemüht sich, die Bürger der Tschechischen Republik davon zu überzeugen, dass sie ein realistisches und glaubwürdiges Programm besitzt. Ihr langfristiges Ziel ist eine vollständige Offenheit in ihren Aktivitäten und eine Ausdehnung ihrer Arbeit auf die breitest möglichen Teile der Bevölkerung.

Die Zukunft linker Politik hängt besonders davon ab, ob es gelingt, die Unterstützung der Jugend zu gewinnen, allen voran die Unterstützung jener jungen Menschen, die sich in sozialen Schwierigkeiten befinden und sich der Bedrohung ihrer Zukunft bewusst sind. Die KSCM unterstützt die jungen Menschen bei dem Versuch der Wahrnehmung ihres Rechts, Einfluss auf alles zu nehmen, was ihr eigenes Leben betrifft. Sie hat Verständnis für ihre Versuche, neue Wege zu finden und energisch einen neuen Lebensstil zu verwirklichen. Auch sind uns diejenigen jungen Leute nicht fremd, die versuchen, ihr Leben alternativ zu gestalten, und den vorherrschenden konsumorientierten und egozentrischen Stil ablehnen. Wir werden uns ihrer Ausgrenzung aus der Gesellschaft entgegenstellen. Die Verbreiterung der Kooperationsbasis zwischen allen jungen Menschen mit linken Anschauungen ist eine Aufgabe von strategischer Bedeutung. Insbesondere junge Kommunisten können positive Verbindungen zu verschiedenen Organisationen und inoffiziellen Gruppen junger Leute herstellen, ihnen durch einen offenen Dialog die Möglichkeit geben, ihren Auffassungen Ausdruck zu verleihen, und sie bei der Verfolgung von Zielen unterstützen, die mit der Politik der KSCM vereinbar sind (insbesondere im Kampf gegen Rassismus und Faschismus, gegen Krieg und Gewalt und gegen jede Art von Unfreiheit und Ungleichheit, gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Berufsausbildung, für Möglichkeiten einer aktiven Freizeitgestaltung, für Umweltschutz und die Rechte der Kinder etc. sowie für die allgemeinen gesellschaftlichen Ziele der Partei).

Die Mitgliedschaft der KSCM besteht aus gesellschaftlich aktiven Menschen, die demokratisch um das Parteiprogramm organisiert sind. Von großer Bedeutung für die KSCM ist die Größe ihrer Mitgliedschaft und die Zahl ihrer Unterstützer, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, sowie eine Organisationsstruktur, die sich über die gesamte CR erstreckt. Die Partei ist sich der Notwendigkeit bewusst, weiterhin Wege zu finden, um dieses ihr wichtigste Potenzial gut zu nutzen. Dazu ist die Fähigkeit zu unabhängiger und systematischer Arbeit und zur Ergreifung von Initiativen sowie die Hingabe an die alltägliche Kleinar-

beit vor Ort erforderlich. Neben geografisch definierten Organisationen bietet die KSCM auch die Möglichkeit, sich zur Bearbeitung bestimmter Problembereiche zu organisieren. Wir haben Interesse daran, aktive neue Mitglieder zu gewinnen. Erhebliche Aufmerksamkeit widmet die KSCM der Qualität ihrer Repräsentanten. Sie fördert fähige und begabte Personen und bemüht sich, jedem einzelnen die Möglichkeit zur individuellen Entwicklung zu geben, da sie dies als den besten Weg betrachtet, um den Interessen der angesprochenen gesellschaftlichen Gruppen Ausdruck zu verleihen und sie bei der Verfolgung ihrer programmatischen Ziele und der Verwirklichung der anderen Kriterien zu unterstützen, die für die Erfüllung dieser öffentlichen Aufgaben erforderlich sind. Ein gesundes Parteileben braucht regelmäßige Überprüfung, freimütige Debatte und konstruktive Kritik. Die objektive Auswertung der Aktivität aller Parteimitglieder in den entsprechenden Parteiorganisationen und -gremien bietet eine feste Basis für die Arbeit der Partei.

Wir wollen sicherstellen, dass fähige und verantwortungsbewusste Personen die Politik formulieren, sich wissenschaftliche Kenntnisse aneignen und die Politik der Partei sachkundig in die Öffentlichkeit tragen. Voraussetzung hierfür ist die Zusammenarbeit zwischen der KSCM und einem breiten Kreis flexibel organisierter Fachleute, unter denen sich sowohl Parteimitglieder als auch Sympathisanten befinden. Auch eine breitere Kooperation mit kommunistischen und linken Experten im Ausland ist wichtig. Große Bedeutung kommt heute, wo Informationen willkürlich manipuliert werden, dem Angebot einer systematischen Schulung für Mitglieder und Unterstützer zu. Überlegungen über die Einrichtung eines internen KSCM-Informationssystems unter Zuhilfenahme moderner Methoden und Ressourcen sind im Gange. Das Grundanliegen der Medienpolitik der KSCM ist die Erweiterung ihres Masseneinflusses durch Informationen über ihre Ziele und Aktivitäten. Unter den heutigen Bedingungen ist eine Propagandaarbeit der Partei ohne Einbeziehung aller ihrer Unterorganisationen und deren Teilnahme und Hilfe unmöglich.

Wir wollen die Bürger von der Notwendigkeit überzeugen, sich ihrer Rechte und ihrer Verantwortung bewusst zu sein und diese bei den Wahlen optimal zu nutzen. Wir wollen die Bürger unseres Landes dazu animieren, Schlussfolgerungen aus den Problemen und Misserfolgen zu ziehen, die die rechte Politik in den zehn Jahren seit 1989 verursacht hat. Die Bürger/Wähler sind der Souverän in unserem Lande, und sie sind auch verantwortlich für die Zukunft unseres Landes.

*Übersetzung aus dem Englischen:  
Renate Hennecke*

[illegible]